Ungarn: Ausbeutungsmethoden der Bourgeoisie

Seite 6

POLITISCHE WISSENSCHAFT BERLIN

C 21246 E

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

50 Pfennig

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten KPD/ML

Nr. 6 Juni 1971 | 5. Jahrgang | Preis 50 Pfennig

Die Taktik der Bourgeoisie in der heutigen Phase der Klassenkämpfe gegenüber der KPD/ML

SENATOR NEUBAUER ALS BOMBENLEGER

Westberlins Innensenator Kurt Neubauer bedient sich im Kampf gegen die von ihm bis auf's Blut gehaßte Linke Methoden, die eines Goebbels und Görings würdig sind. Dabei setzt er sich bedenkenlos selbst über die Gesetze der von ihm vertretenen herrschenden Klasse hinweg. Von seinen Vorgängern wie dem Berliner Poli-

Bonzen Burda und Banditen

Genau zwei Flugblätter der Offenburger Gruppe der KPD/ML reichten, um bei Großverleger Burda ("Bunte Illustrierte" u.a.) umfangreiche Verteidigungsmaßnahmen der Betriebsleitung auszulösen. Denn die Kapitalisten haben vor nichts mehr Angst als vor Unruhe bei den Arbeitern, vor Störung des Ausbeutungsprozesses, den sie am liebsten friedlich planen. Bei Burda ist es bisher so gewesen, daß die Bonzen mit einigen Sonderleistungen, die sie als persönliche Geschenke ausgeben, und mit scharfer Meinungsmache von der "vertrauensvollen Zusammenarbeit" die Arbeiter an den Betrieb zu ketten versuchen; außerdem glauben sie, durch einen Rattenschwanz von Hilfsbremsern und Spitzeln die Arbeiter fest im Griff zu haben.

Diese Hilfsbremser ließ man auf das erste Flugblatt hin gleich ausschwärmen: In den Abteilungen und in der Kantine wurde gezielt aufgehetzt, mit dem Ziel, die Kommunisten als Feinde, die Burda-Bonzen als Freunde der Arbeiter darzustellen. Auch der alte Burda setzte sich ein und tönte in einer Abteilung: "Laßt Ihr Euch gefal-

teiler zu Boden und trat ihn mit Füßen.

Das brutale Vorgehen der Typen Walz, Siefert, Bruder, Bierbrauer und Co. gegen den Verteiler, als es sich herumsprach, stieß bei der breiten Mehrheit der Belegschaft sofort auf scharfe Ablehnung, und viele Arbeiter und Angestellte sagten, die Kommunisten hätten jetzt bei ihnen "einen Stein im Brett", die "Kommunisten hätten Mut". Da streuten die Betriebsleitung und ihre Helfershelfer gleich wieder gezielte Lügen aus, es sei gar nicht geschlagen worden, da sehe man die Propagandahetze wie drüben in der DDR, und außerdem täten "etwaige Übergriffe" einem leid!

Was sollten sie nun bei dem nächsten Flugblatt machen? Vorsorglich stellte der alte Burda Strafantrag gegen die KPD/ML, aber die Staatsanwaltschaft war noch nicht bereit, was zu unternehmen. (Auf die Anzeige des Verteilers wegen Körperverletzung hatte sie übrigens Bescheid gegeben, die "Täter" könnten "nicht ermittelt werden".) Man beschloß, wie auf einer Betriebsratsversammlung (!)

zeipräsidenten Zörgiebel unterscheidet er sich nur dadurch, daß er bisher keine Gelegenheit fand, auf Arbeiter schießen zu lassen.

Der vor kurzem beendete sogenannte "Mahler-Prozeß", in dem nach 23tätiger Verhandlungsdauer vor dem Westberliner Schwurgericht die Medizinal-Assistentin Ingrid Schubert (26) zu 6 Jahren und die Schülerin Irene Goergens (20) zu 4 Jahren Freiheitsentzug verurteilt wurden, enthüllte wieder einmal anschaulich den Charakter der bürgerlichen Klassenjustiz und die sogenannte Unabhängigkeit der Gerichte. Wenn wir uns nachstehend mit Einzelheiten aus diesem Prozeß beschäftigen, so hat dies nichts mit der Wertung der richtigen oder falschen Ansichten der Angeklagten zu tun, sondern damit, daß wir als Kommunisten verpflichtet sind, gegen jeden Übergriff, jede Unterdrückungsmaßnahme, jeden Terror der herrschenden Klasse aufzutreten, wie und gegen wen auch immer sie in Erscheinung treten.

Der "Mahler-Prozeß" ist zu sehen als ein Teil der Kampagne zur Kriminalisierung und Illegalisierung aller fortschrittlichen und revolutionären Kräften in der Bundesrepublik und in Westberlin. In der Person des Rechtsanwalts Horst Mahler, bekannt als Verteidiger in Prozessen gegen die Linke, und Teilnehmer an fortschrittlichen Demonstrationen, wollte der Klassengegner den Teil der Intellektuellen treffen, die sich offen mit der 2.-Juni-Bewegung verbündeten. **Der Prozeß sollte der Einschüchterung all jener dienen, die mit fortschrittlichen, revolutionären, marxistisch-leninistischen Kräften in der Bundesrepublik sympathisieren.**

Von vornherein hatte man es auf die Verurteilung Horst Mahlers angelegt, für den die Staatsanwaltschaft 6 Jahre Gefängnis forderte. Bereits im Oktober vergangenen Jahres hatte sich Innensenator Neubauer in das noch ausstehende Verfahren eingemischt und eine "harte Bestrafung" Mahlers gefordert. Notfalls, so tönte er, werde er V-Leute des Berliner Verfassungsschutzamtes auftreten lassen, um den Schuldbeweis gegen Mahler zu führen. Dieser Notfall wurde akut, als während des Prozeß-Verlaufs das ganze Gebäude von Lügen und Verleumdungen zusammenbrach, das man gegen Mahler zusammengebastelt hatte. "In Würdigung der Prozeßsituation", so ließ Neubauer Anfang Mai den Presseagenturen mitteilen, habe er sich "unter Zurückstellung von Bedenken entschlossen", einen Geheimagenten seiner Behörde zum Gericht zu schicken, damit dieser endlich die Wahrheit über Mahler offenbare. Oder in Faschistendeutsch: "Pfeif' auf Rechtsstaatlichkeit, ein Dreck "das Recht" der Verteidigung auf Akteneinsicht und das prozessual verbürgte Schlußgehör vor Anklageerhebung usw., wir werden das Schwein, den Mahler, schon zur Strecke bringen."

Daß es im Prozeß dennoch zum Freispruch für Mahler kam (ohne daß er aus der Haft entlassen wurde), ist einzig und allein dem Umstand zu verdanken, daß Neubauers Schuß nach hinten losging, daß die Vernehmung des Acht-Groschen-Jungen Urbach nicht Mahler, sondern die faschistische Gangster-Taktik seiner Auftraggeber entlarvte, daß das Gericht, wollte es nicht endgültig seinen Klassencharakter vor aller Öffentlichkeit entlarven, wenn auch zähneknirschend, um den Freispruch nicht herumkam.

Fortsetzung nächste Seite



China: VBA-Soldaten auf Wacht an der Küste

len, daß die da Flugblätter verteilen?" Andererseits wurde auch gedroht, z.B. Schichtführer Bierbrauer (Tiefdruck): "Wer ein Flugblatt nimmt, wird aufgeschrieben." Denn so sicher war man sich seiner "lieben Burdaianer" doch nicht!

Auf Betreiben von Personalrat Morstadt, Burda jr. und 2 Betriebsräten wurde dann ein Schlägertrupp zusammengestellt, um die Verteilung der Flugblätter "wirkungsvoll" zu verhindern, die beiden Betriebsräte mit dabei.

Als das nächste Flugblatt verteilt wurde, stand ein Schlägertrupp von etwa 10 Mann bereit, riß den Ver-

besprochen, mit "Wasserwerfer" vorzugehen. Auf das Dach des Gebäudes neben dem Haupteingang wurde ein Feuerwehrschlauch verlegt, trotz der Proteste von dem Obmann der Werksfeuerwehr gegen solchen Mißbrauch. Zum Einsatz kam die Wasserspritze dann nicht, weil sich die Herren verrechnet hatten, wann das nächste Flugblatt verteilt wurde. Hinter dieser Sache steckte ganz klar die Taktik, die Flugblattverteiler vor der Belegschaft lächerlich zu machen, aber genau das Gegenteil war der Fall.

Bitte umblättern

Senator Neubauer als Bombenleger

Urbach – Neubauers Werkzeug

Inwiefern ist der Mahler-Prozeß für uns interessant und lehrreich? Nicht so sehr, daß er den Charakter des bürgerlichen Rechtsstaates und seine Klassenjustiz ausweist, den kennen wir, über ihn macht sich ein Marxist-Leninist keine Illusionen, umso mehr aber ist er ein Beispiel dafür:

- **wie und mit welchen Methoden der Klassengegner in die linke Bewegung einzudringen versucht und**
- **welche Mittel er anwendet, sie zu zersetzen und auszuschalten.**

In der Person seines V-Mannes und Agentprovokateurs Peter Urbach hatte Neubauer das ideale Subjekt für seine Spitzelaufträge gefunden. Geschickt nutzte er den Umstand, daß die Westberliner Bewegung des 2. Juni zur Hauptsache aus Studenten, Schülern und Lehrlingen bestand. Er wußte von dem Bestreben der Intellektuellen, sich mit der Arbeiterklasse zu verbünden und setzte prompt einen Arbeiter, Klempner, Vater zweier Kinder, ein. Die Rechnung ging auf. Urbach erwarb schnell das Vertrauen der Westberliner Linken und hatte bald Zutritt zu den verschiedenen Kommunen und politischen Zirkeln.

Spitzeldienste allein nützten Neubauer nicht viel. Er brauchte mehr, um die Kriminalisierung und Illegaliesierung der Linken zu erreichen. Er brauchte Gewalt, Bombenanschläge, möglichst noch mit einigen Toten garniert, um seine Senatskollegen für die Zustimmung zum Handgranatengesetz zu gewinnen und die Bevölkerung – unterstützt von der Springer-Presse – in Progromstimmung zu versetzen.

Deshalb trat Urbach mehr und mehr als Agentprovokateur in Erscheinung. Nicht nur, daß er mit Waffen, Sprengstoff und Rauschgift handelte, er bot den Genossen Pistolen gleich kistenweise an. "Wenn der Aufstand losbricht, müssen wir doch bewaffnet sein." Im März 1969 tauchte Urbach aufgeregt in 12 Westberliner Wohngemeinschaften auf: "Die wollen bei mir Haussuchung machen, stellt das Zeug doch mal unter." Das "Zeug" waren Bomben und Brandsätze. Prompt einen Tag später erschien die Polizei zur Hausdurchsuchung. Wenn die Genossen Müdigkeit zeigten, möbelte Urbach sie auf: "Es muß etwas passieren! Wir wollen nicht quatschen! Alles muß brennen!" Den Brennstoff hatte er stets zur Hand ebenso wie die Bomben, die er den Genossen auslieferte, nicht ohne ihnen den Tip zu geben, wo sie am wirkungsvollsten zu zünden seien. **Es besteht sogar Grund zur Annahme, daß Neubauer über seinen V-Mann Urbach im November 1969 das jüdische Gemeindehaus in Westberlin in die Luft zu jagen versuchte.**

Burda, Bonzen und Banditen

Viele Kollegen wurden nachdenklich, daß man mit sämtlichen Mitteln das Verteilen zu verhindern suchte, einer sagte: "So was Lächerliches, das zeigt doch deutlich, was die wollen."

Der Abschuß war aber der Versuch, reaktionäre Stimmung zu machen und eine "Arbeiteraktion im Hause Burda wider die kommunistische Gefahr" ins Leben zu rufen. Zwei der untersten Hampelmänner der Betriebsleitung gaben ihre Namen her für ein betriebsinternes Flugblatt "Wider die kommunistische Gefahr", das in sauberem Burda-Buchdruck ein Loblied auf "unseren Unternehmer" sang, der die Werkshallen baut, damit "wir Arbeitsplätze haben", das alle üblen Vorurteile gegen den Kommunismus schürte, gegen China und Albanien hetzte und zu Maßnahmen gegen die kommunistische "Volksverhetzung" aufrief. Die Reaktion der Belegschaft war in breitestem Ausmaß eindeutig: "So ein primitiver Mist... Dreck... Blödsinn", und die Rechnung der Bonzen, schnell mal eine größere Gruppe von Arbeitern unter faschistischen Parolen zu organisieren, ging nicht auf.

Aber diese Erfahrungen zeigen deutlich, in welche Richtung sich die Auseinandersetzung bei Burda entwickeln wird; sie zeigen klar die Angst der Bonzen vor den Werktätigen und daß sie vor nichts zurückschrecken werden, wenn sie merken, sie können mit der Belegschaft nicht mehr alles machen, was sie wollen.

Straft die Kommunisten Lügen!

Arbeiteraktion im Hause Burda: „Wider die kommunistische Gefahr". Verantwortlich: H. Walz und H. Siefert, App. 668

Liebe Kollegen,

wehrt Euch gegen Schönfärberei und Infiltration von seiten solcher,
die uns im Auftrag Maos umkrempeln sollen!
Unser Unternehmer baut Hochhäuser - Unser Unternehmer baut Werkshallen
Und unser Unternehmer kauft auch Maschinen

Das stimmt!

Aber dadurch entstehen: neue Arbeitsplätze, neue Wohnungen,
und dadurch wird auch unsere Existenz gesichert!
Außerdem bietet unser Unternehmer die sozialen Einrichtungen,
von denen der Kommunismus nur redet.
Sind Euch Phrasen wertvoller als bestehende Tatsachen?
Hat Mao das, was wir haben?

Wir fragen Euch, Kollegen:

1. Sollen bei uns dieselben Zustände eingeführt werden, die in China und Albanien anzutreffen sind?
2. Sollen Unterdrückung und Terror bei uns Fuß fassen?
3. Wollt Ihr riskieren, eines Tages Euer Hab und Gut zu verlieren?
4. Wollt Ihr Euer freies Denken mit Mao-Parolen programmieren lassen?
5. Könnt Ihr es vor Euren Kindern verantworten, wenn Ihr derartige Machenschaften still duldet?
6. Wollt Ihr Eure Existenz aufs Spiel setzen, weil Ihr Volksaufwiegler wie Panten nicht ernst nehmt?
7. Soll neben jedem Eurer Besucher ein Aufpasser stehen?

Nein

Lieber einen „langen Franz" als hermetisch geschlossene Grenzen!
Lieber Maschinen als Maschinenpistolen!
Lieber Werkshallen als Stacheldraht!
Lieber das Scheckbuch in der Tasche als die Mao-Bibel im Genick!
Lieber im Kapitalismus leben als im Kommunismus dahinvegetieren!

Rufen Sie uns an! Versichern Sie uns Ihrer Mitarbeit!
Lassen Sie uns wissen, daß wir von frei denkenden Menschen umgeben sind!

Arbeiteraktion „Wider den Kommunismus" · Apparat 668

"Langer Franz" = Verlagsgebäude, benannt nach Patriarch Franz Burda

Panten = Kontaktperson der KPD/ML

Der Agentprovokateur

Hier im Falle Urbach haben wir es mit dem klassischen Fall des Agentprovokateurs zu tun, den die Bourgeoisie immer dann verstärkt einsetzt, wenn sie ihre Herrschaft bedroht sieht und ein Mittel zur Verfolgung, Einkerkerung und Verbot ihrer

Geld bezogen und war damit für seine westdeutschen Auftraggeber wertlos geworden. Das heißt, auch wenn es dem Klassengegner nicht gelingt, Agentprovokateure in die Reihen der marxistisch-leninistischen Bewegung einzuschleusen,

zungstätigkeit, indem er beispielsweise Rotgardisten systematisch zum Hasch-Rauchen verführte. Er verlieh Geld, über das er in großer Menge verfügte, obwohl er keiner

wie aus der Partei ausgeschlossen. Immerhin hatte seine kurze Tätigkeit der RG Hamburg schweren Schaden zugefügt.

Heute ist Dressel Mitglied der

schaftete Lanz durch Kontenmanipulation in die eigene Tasche. **Fest steht, daß Lanz eine Summe von mindestens 8.362,56 DM Parteigelder unterschlagen hat Wahr-**

politischen Gegner sucht. Die Einschleusung von Agentprovokateuren fällt ihr besonders leicht, wenn es sich bei ihren politischen Gegnern um Gruppen handelt, die nur losen Kontakt untereinander haben und ideologisch nicht gefestigt sind, beispielsweise zum Anarchismus neigen. Mit dem Fall Urbach bestätigt sich haargenau, was wir in Nr. 3 des ROTEN MORGEN 1971 im Zusammenhang mit der sogenannten Baader-Meinhof-Gruppe schrieben: "Es ist geradezu typisch für Gruppen solcher Art, daß sie auf Grund ihrer Struktur leicht von Agenten unterwandert werden können."

Aber auch dann, wenn es der Bourgeoisie nicht gelingt, Organisationen zu unterwandern, findet sie immer noch Mittel und Möglichkeiten der Provokation. Ein typisches Beispiel dieser Art war 1956 der Fall des Agenten des Verfassungsschutzes, Preuss, in Hamburg. Damals, im Zuge des KPD-Verbots, war auch die "Deutsch-Sowjetische-Freundschaft" verboten worden. V-Mann Preuss brachte es fertig, diese Organisation wieder erstehen und die von ihm angeworbenen Mitglieder später hochgehen zu lassen. Vor Gericht trat er nicht nur als V-Mann des Verfassungsschutzes auf, sondern entlarvte sich auch als Agent des Staatssicherheitsdienstes der DDR. Er hatte von beiden Seiten ist es ihm jedoch möglich, mittels Provkationen à la Reichstagsbrand durch Kriminalisierung und Verbot gegen sie vorzugehen. Das heißt, jede marxistisch-leninistische Partei muß jederzeit mit solchen Provokationen rechnen und auf ihre Illegalisierung vorbereitet sein.

Ist, oder besser war unsere Partei, die KPD/Marxisten-Leninisten vor dem Eindringen vor Agenten gefeit? Offensichtlich nicht. Vor allem in der Anfangsphase des Parteiaufbaus im Jahre 1969 war es Agenten und unsicheren Elementen noch verhältnismäßig leicht, in die Partei einzudringen, da die bolschewistischen Kaderkriterien nicht oder nur ungenügend angewandt wurden. Ortsgruppen entstanden auf der Basis, daß als Mitglied aufgenommen wurde, wer die Grundsatzerklärung und das Statut der Partei anerkannte und wer zur aktiven Mitarbeit bereit war. Die Einhaltung der Kandidatenzeit wurde nicht beachtet. Erst im Kampf vor allem gegen den rechtsopportunistischen Kurs des Leitungsgenossen W. D., der die massenhafte Anwerbung von Mitgliedern und die Aufhebung der Kanditatenzeit zum Prinzip erheben wollte, gelang es, Linie und Ausrichtung der Partei im bolschewistischen Sinne voranzutreiben und zu festigen.

Der Fall Dressel

Damit aber waren noch nicht die Fehler des Gründungsopportunismus beseitigt, sie wirkten sich aus. Ein typisches Beispiel für die Einschleusung eines Agenten in die Partei war der Fall Erhard Dressel in Hamburg. Dressel, vor Jahren zu einer Freiheitsstrafe für Agententätigkeit im Auftrag des Staatssicherheitsdienstes der DDR in der Bundesrepublik verurteilt, arbeitete während der Zeit der 2.-Juni-Bewegung – wie er später selbst zugab – innerhalb des SDS als Spitzel des Stasi. Zirka 5 Monate nach Parteigründung machte er sich an die KPD/ML heran. Dadurch, daß er seine Vergangenheit nicht verschwieg (außer seiner Agententätigkeit im SDS), politisch im Marxismus-Leninismus versiert war und sich eindeutig und offen vom Revisionismus der DKP distanzierte, schlich er sich in das Vertrauen der Genossen ein. Schon bald übertrug man ihm die Leitung eines Kollektiv der Roten Garde. Damit hatte man den Bock zum Gärtner gemacht. Dressel begann mit seiner Zerset-

geregelten Arbeit nachging, an Rotgardisten, um sie anschließend, wenn sie der Rückzahlung nicht nachkommen konnten, brutal unter Druck zu setzen. Schon bald kümmerte er sich nicht mehr um Anweisungen und Richtlinien der Partei, sondern begann völlig selbständig zu handeln und verschwand unabgemeldet für Wochen. Als die Sache mit der massenweisen Verführung der Jugendlichen zum Rauschgiftkonsum aufplatzte, und ihn die Partei zur Verantwortung zog, legte er eine Bilderbuch-Selbstkritik ab, stimmte seiner Rückversetzung in den Kandidatenstand zu, nur um in der Partei bleiben zu können. Das nützte ihm jedoch nichts. Er wurde kurz darauf aus der Roten Garde DKP. Der Verdacht, daß es sich bei Dressel um einen Doppelagenten handelt, der sowohl im Auftrag des Stasi wie auch im Auftrag des Amtes für Verfassungsschutz handelt, ergibt sich aus der Tatsache, daß er während seiner Tätigkeit im SDS und später in der Partei sehr aktiv hervortrat und sich wiederholt tätlich mit der Polizei anlegte, ohne dafür – wie andere Genossen – bestraft zu werden, sowie die Tatsache, daß er heute in der Polizei, Abteilung Jugendschutz tätig ist. Für dre Zukunft wird damit zu rechnen sein, daß der Staatssicherheitsdienst der DDR eng mit dem Amt für Verfassungsschutz in Verfolgung der Marxisten-Leninisten zusammenarbeiten wird.

Der Fall Hugo Lanz

Nicht alle Agenten in der Partei entlarven sich so schnell wie Dressel, wie der Fall Hugo Lanz in München anschaulich beweist. Auch die Aufnahme von Lanz in die Partei erfolgte im Zuge des Gründungsopportunismus recht sorglos, obwohl es auf Grund der Rolle, die Lanz vor Gründung der OG München in Kreisen der Linken spielte, Anlaß zu Bedenken hätte geben müssen. Inwieweit Lanz als Agent eingeschleust wurde (wofür es Anzeichen gibt), oder ob er sich erst im Zuge seiner Entlarvung vom objektiven zum subjektiven Agenten entwickelte, ist noch nicht restlos geklärt.

Auf Antrag des Parteikomitees München (Ortsgruppe) der KPD/ML wurde Hugo Lanz am 16.2.71 von der Mitgliederversammlung aus der Partei ausgeschlossen. Als Gründe für den Ausschluß wurden genannt: Unterschlagung von Parteigeldern, individualistische und fraktionistische Tätigkeit. Die Überprüfung dieser Vorwürfe durch Genossen der Zentrale ergab, daß die Vorwürfe der Münchener OG in allen Punkten gerechtfertigt sind.

Lanz, der anfangs für die Herausgabe der Broschürenreihe "Aus der marxistisch-leninistischen Weltbewegung" verantwortlich war, beging schwere Verstöße gegen die Prinzipien des demokratischen Zentralismus, indem er sich bei der Auswahl der Artikel nicht von der politischen Linie der Partei, sondern von seinem eigenen Profitinteresse leiten ließ und eine Kontrolle durch die zuständigen Parteiorgane umging. Auch den (bürokratischen) Versuch der OG München, ihn durch die Einrichtung einer zentralen Redaktion besser zu kontrollieren, umging er und stellte sein Treiben, ihm genehme Broschüren, von denen er sich großen Umsatz versprach, unter dem Namen der Partei erscheinen zu lassen, nicht ein. Als Beauftragter für den Literaturvertrieb mißachtete oder sabotierte er alle zentralen Beschlüsse und baute in Konkurrenz zum Zentralen Literaturvertrieb der Partei ein "eigenes Unternehmen" auf Bundesebene auf.

Das eingenommene Geld wirtscheinlich aber handelte es sich um die doppelte Summe, da Lanz zahlreiche Belege und Unterlagen vernichtete und kaum Buch führte.

Heute geht Lanz mit dem Märchen hausieren, ihm sei bitteres Unrecht geschehen, er sei bereit, durch einen von ihm selbst eingesetzten Untersuchungsausschuß alles Finanzielle zu regeln. Anstatt die Kontrolle durch die zuständigen Parteiorgane zu erleichtern, will Hugo Lanz den "Fall Hugo Lanz" selbst klären. Verleumderisch tritt er mit der Behauptung auf, eine "Clique" habe eine Verleumdungskampagne gegen ihn geführt. **Seinen Unterschlagungen versucht er jetzt ein ideologisches Mäntelchen umzuhängen, um sich in andere Gruppen wie die der Roten Fahne Tübingen einzuschleichen. Wen sich diese Genossen damit einhandeln, dafür nachstehendes Beispiel:**

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten

Anschrift der Redaktion: Redaktion ROTER MORGEN 2 Hamburg 71, Postfach 464
Anschrift des Vertriebs: Verlag Detlef Schneider, 2 Hamburg 19 Postfach 7654
Herausgeber: KPD/ML. Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust
Verlag: Detlef Schneider

Druck: Wandsbeker Verlagsdruckerei, Hamburg 70. Postscheckkonto: Detlef Schneider, Hamburg, Nr. 3364 44. Erscheinungsweise: monatlich. Einzelpreis: 0,50 DM Abonnementspreis für 24 Ausgaben: 11.- DM (einschließlich Porto).

Wie Hugo Lanz zum subjektiven Agenten der Bourgeoisie wurde

Als Lanz erkannte, daß er in der Partei keine Chence mehr hatte für seine antikommunistischen Umtriebe, als es ihm trotz schnell zurechtgebastelter "ideologischer Differenzen" nicht mehr gelang, von seinen finanziellen Manipulationen abzulenken, als eine Überprüfung bevorstand, warf er sich dem kapitalistischen Staatsapparat in die Arme, stellte er sich der politischen Polizei als Verräter und Denunziant zur Verfügung.

Hugo Lanz hat 7 (sieben) Genossen, die nach Vereinbarung Parteimaterialien bei ihm abholen sollten, in eine Falle gelockt und wegen Raub und Erpressung angezeigt. Als "Beweismaterial" lieferte er der Polizei sein ganzes Wissen über die Organisationsstruktur der Partei, über personelle Verhältnisse, lieferte er politische Unterlagen zur "Überprüfung von Fingerabdrücken". In Presseerklärungen nennt er die KPD/ML eine "kriminelle Vereinigung von Politgangstern".

Dieser Schritt ist ungeheuerlich. Um seine Frechheit auf die Spitze zu treiben, versucht er jetzt die Partei zu erpressen. Wie der Agent Dressel, versucht auch Lanz in der Partei zu bleiben bzw. wieder hineinzukommen. Seine Forderung: **Die Partei solle ihn in Ehren wieder aufnehmen, als Gegenleistung wolle er sich dafür einsetzen, daß die von ihm der Polizei ausgelieferten Genossen "mit nur 1 bis 2 Jahren Gefängnis davonkommen".**

Andernfalls - und damit wird deutlich, daß Lanz seit langem plante die Seiten zu wechseln und sich der Bourgeoisie als Agent zur Verfügung zu stellen - wird er sämtliche Personalakten der Polizei übergeben. Akten, die er - selbstverständlich gegen Parteibeschluß - in mühevoller Kleinarbeit zusammenstellte, und in denen er Gerüchte über angebliche kriminelle Verfehlungen von Parteimitgliedern und Rotgardisten gesammelt hat. Offen erklärte Lanz, daß es die Staatsorgane gar nicht nötig hätten, einen politischen Prozeß gegen die KPD/ML zu führen, daß es genüge, sie als "Kriminellenbande" zu verbieten. Und wer liefert die "Beweise"? Hugo Lanz.

Und so ist es auch kein Zufall, daß zwei Wochen vor dem 1. Mai, als die gesamte Münchner Parteiorganisation alle Kräfte zur dessen Vorbereitung anspannen mußte, die Organe des kapitalistischen Staatsapparates im Zusammenhang mit einem anonymen Brief zwei KSB/ML-Sympathisanten aufsuchten.

Kurz vor dem 1. Mai holte die Polizei zu einem neuerlichen Schlag gegen die Münchner Organisation aus: Die-selben Personen wurden unter Beteiligung von mindestens 20 Kripobeamten in Zivil auf der Straße ohne jede Begründung gekidnappt, ihre Wohnungen wurden nach Waffen und Masken durchsucht. Beschlagnahmt wurde aber ausschließlich KPD/ML-Material. Es wurde ihnen untersagt, einen Anwalt zu sprechen; der eine Festgenommene mußte sich auf Anordnung eines Beamten umziehen und wurde in einer Münchner Bank dem Kassenbeamten gegenübergestellt.
Der andere sollte - zwischen Kripoleuten gut gekennzeichnet - bei einer Gegenüberstellung mit einem Inhaftierten wiedererkannt werden.

Beiden wurde Beteiligung an Banküberfällen vorgeworfen. Da aber keinerlei Indizien für ihre Beteiligung vorlagen und da die Gegenüberstellungen nicht den gewünschten Erfolg hatten, mußten beide wieder freigelassen werden.

Hier wird mit aller Deutlichkeit klar, daß es sich bei Lanz nicht um einen kleinen Fisch handelt, der sich am Parteieigentum bereichert, weil er keine Lust zum Arbeiten hatte, sondern um einen Agentprovokateur übelster Sorte.

Agentur in der Arbeiterklasse, in die Schuhe zu schieben.

Diese Taktik blieb jedoch ohne Erfolg. Durch ihre Propagandaarbeit erreicht die KPD/ML immer größere Teile der fortgeschrittenen Arbeiter, organisiert und schult sie; durch ihr treues Festhalten am Marxismus-Leninismus konnte die Partei die Agenten der Bourgeoisie in ihren Reihen entlarven und sich von ihnen reinigen. Die Versuche des Kapitals, die KPD/ML am Anfang ihrer Aufbauphase zu zerschlagen, sind gescheitert.

Im "Fall Hugo Lanz" schrieb man's deshalb plötzlich anders. Man höre und staune: Niemals in ihrer 2 1/2 jährigen Geschichte hat die KPD/ML in der Presse ein derartiges Aufsehen erregt. Alle größeren Zeitungen, von der SZ bis zur FR, sogar die Provinzpresse, berichteten im gleichen Tenor über "schweren Raub, Erpressung, Körperverletzung gegen Hugo Lanz. In ihren Schlußfolgerungen stimmen sie alle überein Kommunisten schrecken vor nichts zurück, sie wenden verbrecherische Methoden an gegen Abweichler, Kommunisten sind "Politgangster, Kriminelle, eine Verbrecherbande". Springers Hetzblatt "Bild" übertraf alle anderen. Außer den buntscheckigen Vorwürfen gegen die Kommunisten spricht "Bild" wohlweislich nicht von der KPD/ML, sondern von der "verbotenen KPD". Zynisch wird damit schon der Schritt angedeutet, den die Bourgeoisie vorbereitet: Verbot der KPD/ML!

Die ihr von der Bourgeoisie vorgeschriebenen Aufgaben hat die bürgerliche Presse schon immer treu erfüllt: Propagierung und Rechtfertigung aller Maßnahmen der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse. **Die Neuen Maßnahmen der Bourgeoisie gegen die Kommunistische Partei sind eben diese: Man will uns zu Kriminellen stempeln, uns durch die Verbreitung von Lügenmärchen vor dem Proletariat unglaubwürdig machen.**

In München benutzte die Polizei diese Methode schon einmal: Unter dem Vorwand des Verdachtes der Brandstiftung auf jüdische Alters-

Legt man bei der Aufnahme in die KP nicht die für Kommunisten notwendigen Kaderkriterien an, so ist eine Parteigruppe wie ein trüber Teich, in dem sich aller Unrat verstecken kann und der nur mit großer Mühe und ungeheuren Anstrengungen zu reinigen ist.

Wir werden den Schlägen der Bourgeoisie trotzen

Wir stehen heute am Anfang eines Kampfes, in dessen Verlauf der Klassenfeind zu immer schwereren Waffen greifen wird. Kommunisten als die Vorhut des Proletariats müssen die zukünftige Entwicklung einschätzen können, sich schon jetzt entsprechend darauf vorbereiten..

Die Bolschewisierung der Partei, der konsequente ideologische Kampf, die strikte Einhaltung der Prinzipien des demokratischen Zentralismus—das sind unsere schärfsten Waffen im Kampf gegen das schwerste Geschütz der Bourgeoisie: Die bürgerlichen Agenten, die die KP von innen her zersetzen und zerstören sollen. Nur so können wir uns vorbereiten auf die zukünftige Verschärfung des Klassenkampfes. Nur so können wir heute, wo wir noch jung und unerfahren sind, vermeiden, daß wir bei jedem Schlag der Bourgeoise aufflattern wie verschreckte Hühner. Diese Schläge dürfen unsere tägliche Agitations- und Propagandaarbeit nicht lahmlegen. Denn gerade das bezweckt ja der Klassenfeind (Die Taktik der Münchener Polizei im "Fall Hugo Lanz war genau darauf ausgerichtet, die Genossen zu verschrecken, zu verwirren. So wurden zum Beispiel bereits am Tag nach der Anzeige die Betriebe offiziell über das Verfahren unterrichtet usw.)

Im Gegenteil, wir müssen diese tägliche Arbeit noch intensiver, noch zielbewußter leisten.

Die Bourgeoisie wird mit allen Mitteln gegen uns vorgehen, wenn wir erfolgreich für die Interessen der Arbeiterklasse kämpfen. **Dem Druck der Bourgeoisie nachzugeben, Zugeständnisse machen, um den Schlägen auszuweichen, um die Legalität um jeden Preis zu erhalten, das ist der**

brauchte auf die verzweifelten Versuche der KPD, dem Verbot zu entgehen, nicht einmal einzugehen, die KPD hatte sich durch ihren Opportunismus selbst so weit geschwächt, daß "man" keine Rücksicht mehr auf sie nehmen brauchte.

Nein, wir werden auf eure Anbiederungs- und Bestechungsmanöver nicht hereinfallen, ihr Herren Bourgeois, ebensowenig wie auf eure plötzlichen Überraschungsangriffe wie im "Fall Hugo Lanz", denn wir wissen, was ihr damit bezweckt.

Und wir werden uns von euch nicht provozieren lassen zu anarchistischen Einzelaktionen. Denn das ist nur ein anderer Weg, des Verrates, auf den die Bourgeoisie die Partei des Proletariats lokken will, der Weg des Linkssektierertums, der Isolierung von den Massen. Was die KPD/ML vom Anarchismus als "Theoretischer Linie" hält, was alle Marxisten-Leninisten darüber denken, das hat der RM in der Verurteilung der Baader-Meinhof-Gruppe deutlich gesagt. Die Bolschewisierung der Partei, die Strenge Beachtung der Parteidisziplin wird uns helfen, alle spontaneistischen Aktionen, jedes spontane Abreagieren von berechtigter Wut, zu vermeiden. Jedes Parteimitglied jeder Rotgardist weiß, daß er im Ernstfall der Bourgeoisie als Repräsentant der Organisation gilt, wenn er einen schwerwiegenden Fehler macht, und kann deshalb keine Verletzung der Disziplin hinnehmen. Wir wissen, warum uns die Staatsorgane zu Kriminellen stempeln organe zu Kriminellen stempeln wollen, und wir fürchten diese Verteufelung nicht. Aber wir werden nicht so dumm sein, der Bourgeoisie irgendwelche Vorwände frei Haus zu liefern.

Die Taktik der Bourgeoisie in der heutigen Phase der Klassenkämpfe gegenüber der KPD/ML

Niemand, selbst die bürgerliche Presse nicht, kann heute mehr vertuschen, daß der Imperialismus, mit dem US-Imperialismus an der Spitze, abgewirtschaftet hat,
ebenso wie der SU-Sozialimperialismus, daß die Haupttendenz in der Welt heute die Revolution ist. Die ständige Ausweitung des Vietnamkrieges, die nur noch mühsam niedergehaltenen Befreiungskämpfe der Völker des Vorderen Orient und in Lateinamerika, die Militärputschs, mit denen die imp rialistischen Staaten ihre ausbeuerische Herrschaft in den afrikanischen Ländern aufrechterhalten wollen, das alles sind deutlich sprechende Beweise für die sich verschärfende Krise des Imperialismus. Man braucht heute nur eine Zeitung aufzuschlagen, um auf jeder Seite, in jeder Zeile Lenins Wort bestätigt zu finden: Der Imperialismus ist die höchste Stufe des Kapitalismus und der Vorabend der sozialistischen Revolution.

Auch in Westdeutschland verschärfen sich die Widersprüche zwischen Lohnarbeit und Kapital in zunehmendem Maße. Die "sieben fetten Jahre" des westdeutschen Monopolkapitals sind endgültig vorüber, wo es im Windschatten der internationalen Krisen des Imperialismus sein Schäflein ins Trockene bringen konnte. Die Ausweitung der Produktion, die zunehmende Monopolisierung und der damit verbundene ökonomische Zwang, selbst eine imperialistische Großmachtstellung anzustreben, der immer **schärfere Konkurrenzkampf zwischen den "alten" imperialistischen Mächten und dem aufstrebenden westdeutschen Imperialismus -** **all diese sich aus den inneren Widersprüchen des Kapitalismus ergebenden Notwendigkeiten reißen das westdeutsche Kapital immer tiefer in den Sog der internationalen Krisen, des Todeskampfes des Kapitalismus hinein. Die Wirtschaftskrise 66/67, die sich ankündigende** schwere Krise, haben dem Proletariat in der BRD diese Tatsachen endgültig klargemacht. Und es ist kein Zufall, daß die westdeutsche Arbeiterklasse wieder damit beginnt, ihre wirtschaftlichen Interessen in Streikkämpfen selbst zu vertreten, daß sie dem Geschwätz der Bourgeoisie und ihrer Agenten im DGB immer weniger Glauben schenkt.

Die Verschärfung des Klassenkampfes in der BRD, das Anwachsen der revolutionären Strömung im Proletariat, finden ihren Ausdruck in den Fortschritten, die beim Aufbau der Partei der Arbeiterklasse, der KPD/ML, erzielt werden, in dem enormen Aufschwung, den die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten–Leninisten seit ihrer Gründung vor 2 Jahren genommen hat. Die Erfolge unserer Arbeit in Betrieben und Stadtteilen, in Lehrlingsheimen und Universitäten, unser Auftreten zum 1. Mai, zwingen die Bourgeoisie, ihre Taktik im Kampf gegen die KPD/ML zu ändern.

Bisher glaubte die Bourgeosie "leichtes Spiel" mit "diesen Maoisten" zu haben. Ihre Taktik hieß: Totschweigen und Verunsicherung der noch unerfahrenen Genossen durch bürgerliche Agenten. So brachte es die Bourgeoisie fertig, die Erfolge der KPD/ML entweder stillschweigend zu übergehen, oder aber sie der DKP, als ihrer eigenen

Brandstiftung auf jüdische Altersheime inszenierte sie im vergangenen Jahr einen bewaffneten Terrorüberfall auf das Zentrum der RG und auf Privatwohnungen. Mit gezückten MPs durchwühlten sie die Räume (siehe auch RM, März 1970).

Mit diesen hinterlistigen Manövern setzt die Bourgeoisie die Tradition des Reichstagsbrands fort.

Die Hetzkampagne, die die bürgerliche Presse im "Fall Hugo Lanz" gegen die KPD/ML anzettelte, ist ein uralter Trick aus der Klamottenkiste bürgerlicher Kampfmittel. Sie soll die Agitation und Propaganda der partei zunichte machen, sie will unsere Verankerung in den Massen verhindern. Sie ist ein Indiz dafür, daß die Bourgeoisie ihren Kampf gegen die KPD/ML verstärkt, (andere Beweise sind z.B., daß unsere Flugblattverteiler, unsere Agitproptrupps immer häufiger kontrolliert und festgenommen werden, daß politische Polizisten aus reiner Schikane Exemplare des RM beschlagnahmen, daß in den Münchner Betrieben, in denen Sympathisanten der KPD/ML arbeiten, vor dem 1. Mai am Schwarzen Brett ein Schreiben des Polizeipräsidiums ausgehängt wurde, in dem aus die angeblich sich häufenden Bombenanschläge angespielt und die Belegschaft aufgefordert wird, Kollegen zu bespitzeln, usw.)

Deshalb werden in Zukunft die subjektiven Agenten der Bourgeosie eine viel bedeutendere Rolle spielen als bisher. Der Versuch, uns vor dem Proletariat zu kriminalisieren, kann nur dann Erfolg haben, wenn die Partei nicht haben, wenn die Partei nicht stark genug ist, diesen Angriff der Bourgeoisie mit den richtigen Mitteln zu beantworten. Je mehr die Partei des Proletariats sich festigt, desto mehr ist die Bourgeoisie bemüht, durch ihre bezahlten Spitzel und Handlanger den Kampf zwischen bürgerlicher und proletarischer Linie in der Kommunistischen Partei zu schüren, den Liberalismus und Opportunismus zu stärken, die Bolschewisierung zu verhindern.

halten, das ist der schlimmste Verrat, den eine Kommunistische Partei am Proletariat begehen kann.

Die "verlockenden Angebote" von Hugo Lanz sind ein erster, plumper Versuch, uns zu bestechen, den wir hohnlachend zurückweisen. Jeder Kommunist muß aus der Geschichte lernen, jeder Kommunist weiß, wohin der Weg der opportunistischen Anpassung führte, den die KPD in den fünfziger Jahren einschlug. Die Bourgeoisie

liefern.

Jeden Schlag, den die Bourgeoisie gegen uns führt, müssen wir umkehren und als Waffe gegen sie selbst benutzen. Jeder Schlag der Bourgeoisie, wenn wir ihn richtig beantworten, hilft uns, den Massen zu zeigen, wozu der Klassenfeind fähig ist, wie verrottet und morsch er ist. Hilft uns zu zeigen, daß wir ihn desto notwendiger bekämpfen müssen, um ihn letztlich endgültig zu zerschlagen.

1. MAI 1971

NACHTRAG

Aus technischen Gründen wurden im letzten Roten Morgen die Maikundgebungen in Bayern außer Würzburg nicht erwähnt.

In **Augsburg** und in **Ingolstadt** propagierten Agit-Prop-Trupps der KPD/Marxisten-Leninisten und der Roten Garde die revolutionären Losungen auf den DGB-Kundgebungen und entlarvten damit das Feiertagsgerede.

In **München, Würzburg, Kempten** und **Nürnberg** wurden vom Landesverband zusätzlich Rote Mai-Demonstrationen und Veranstaltungen der KPD/Marxisten-Leninsiten zum Teil in Aktionseinheit mit anderen revolutionären Organisationen durchgeführt.

Daß sich in Bayern wieder tausend Menschen unter der Roten Fahne der Arbeiterklasse und den Losungen ihrer Kommunistischen Partei sammelten (in Kempten war die größte Demonstration seit vier Jahren), um ihren entschlossenen Kampfwillen zu demonstrieren, zeigt schon nach außen hin die Erfolge des Parteiaufbaus im letzten Jahr.

Für viele Arbeiter, darunter Genossen aus der alten KPD, war der 1. Mai ein Zeichen dafür, daß die Partei der Arbeiterklasse, daß die Kommunistische Partei wieder aufgebaut wird; daß der Kampf vorwärts geht, und daß es Sinn hat, um der Revolution willen am Aufbau dieser Partei mitzuarbeiten.

Für Lehrlings- und Jungarbeitergruppen aus vielen bayrischen Industriestädten- und dörfern war der 1. Mai ein Anstoß dazu, mit der Roten Garde eng zusammenzuarbeiten oder sich in ihr zu organisieren.

Der 1. Mai hat uns im Kampf gegen das Zirkelwesen, im Kampf für die Einheit aller Marxisten-Leninisten einen Schritt weiter gebracht.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Streik in den Conti-Werken Hannover

Die Handwerker der drei Conti Werke legten für anderthalb Tage die Arbeit nieder.

Worum ging es?

Seit drei Jahren liegt die Forderung auf dem Tisch der Geschäftsleitung, daß das UMS Akkordsystem abgeschafft werden soll. Bei dem Marsch aller Handwerker auf das Verwaltungsgebäude der Conti wurde das Transparent mitgetragen "UMS IST MORD". Diese Parole charakterisiert genau die Lage der Kollegen, die von diesem Akkordsystem betroffen sind. Diese Forderung stand also schon seit drei Jahren zur Debatte.

Was tat die Geschäftsleitung in all den Jahren? NICHTS! Man vertröstete die Kollegen immer wieder. Am 17. 5. 1971 besaß sogar ein Vertreter der Geschäftsleitung die Frechheit zu sagen, daß er die Probleme erst seit ein paar Tagen kenne. Diese Lüge wurde von den Kollegen sehr schnell entlarvt. Nachdem er noch ein paar weitere Lügen von sich gegeben hatte und von den Kollegen immer wieder ausgelacht worden war, verließ er sehr schnell den Platz und ließ sich nicht wieder sehen.

Ein weiterer leitender Angestellter der Unternehmer forderte die Kollegen auf, doch wieder an die Arbeit zu gehen. Auch er erntete nur schallendes Gelächter. Dieser Mensch hatte auch errech-

Weiter versuchte ein Vertreter der Gewerkschaft uns zu beruhigen und forderte uns auf, doch wieder an die Arbeit zu gehen. Er bekam von uns die Antwort: Wir denken nicht daran, die Arbeit wieder aufzunehmen, wir wollen unsere Forderungen bis zum erfolgreichen Ende durchsetzen. Der Gewerkschaftsvertreter verhandelte dann mit Vertretern der Geschäftsleitung und als er wieder kam, um die Kollegen noch einmal zu beruhigen und an die Arbeit zu schicken, ließ man ihn erst gar nicht wieder an das Megaphon! Das wár die Antwort der Kollegen.

Wenn am Montag, dem 17. 5. erst ab 10.30 gestreikt wurde, so fing man am Dienstag erst gar nicht wieder an zu arbeiten. Ab 7.00 standen die Handwerker in allen drei Werken auf dem Hof. Es wurden die neuesten Ereignisse diskutiert. Um 10.00 ging eine Abordnung des Streikkomitees zu dem Ort, an dem der Geschäftsvorstand tagte. Sie hatte den Auftrag, bis spätestens 12.00 zu einem Ergebnis zu kommen, ansonsten marschieren wir zum Contihochhaus (Dreibrötchenhaus). Bis 12.00 bekamen wir keinen positiven Bescheid. Es wurde marschiert! Die Kollegen aus allen drei Werken marschierten zum Contihaus! Ungefähr 600 Handwerker versammelten sich dort.

Mit Sprechparolen wie "Vorstand raus" und "Lohaus raus" versuchten wir zu erreichen, daß sich jemand

dem Dreibrötchenhaus zugebracht hatten, sahen wir, daß ein Wasserwerfer der Polizei an unserem Platz vorbeifuhr. Wir waren natürlich alle darüber sehr empört und sind zu dem Einsatzleiter der Polizei gegangen, um ihm unsere Meinung darüber zu sagen. Der Einsatzleiter sagte jedoch, daß er keine Ahnung von dem Wasserwerfer habe, der dort "angeblich" vorbeigefahren sein soll. Wir sagten ihm noch, daß es sehr böse für die Polizei auslaufen würde, wenn sie Wasserwerfer gegen uns einsetzen werde.

Wir sahen den Wasserwerfer nicht wieder.

Wie uns die Kapitalisten zu spalten versuchen

Als ich mich mit meinen Kollegen am Mittwochmorgen wieder an unserem Versammlungsort traf, wurde uns von der Streikleitung gesagt, daß es jetzt am besten wäre, wenn wir das am Vorabend ausgehandelte Ergebnis annehmen würden. Dieses Ergebnis sah so aus, daß die Handwerker die im UMS Akkord arbeiten, ab sofort nicht mehr in diesem Akkordsystem arbeiten. Dieses System ist bis zum 10. 6. 71 ausgesetzt. Bis zu diesem Zeitpunkt soll darüber verhandelt werden, was anstelle des alten Systems zu setzen ist. Über unsere Forderung um Anhebung um zwei Lohngruppen wurde gesagt, daß bis zum 1. 6. 71 ein Ergebnis vorliegen werde.

Eines ist aber vom Vorstand der Conti auf alle Fälle erreicht worden, nämlich die UMS Handwerker vorübergehend zu beruhigen. Dadurch schafften es die Conti-Kapitalisten, daß wir nicht mehr der geschlossene Block waren wie zu Anfang der Streikbewegung.

Danach stand der Leiter der Formen- und Maschinenfabrik auf und stieß mehr oder weniger versteckte Drohungen gegen uns aus. Er sagte, daß wir wieder an die Arbeit gehen und die "illegale Aktion" beenden sollten. Weiter sagte er, daß wir qualifizierter arbeiten sollten, um die Conti nicht in Schwierigkeiten zu bringen. Ansonsten müsse die Conti Aufträge nach draußen vergeben. Darauf gaben wir ihm die einzig richtige Antwort: wir sind nicht mit der Conti verheiratet und wenn die Firma die Aufträge nach draußen gibt, dann gehen wir eben auch.

Als er den Unmut in dieser klaren Form zu spüren bekam, zog er sehr schnell davon.

Danach wurde darüber abgestimmt, ob weiter gestreikt werden sollte, oder ob wir wieder an die Arbeit gehen wollten.

Mit knapper Mehrheit stimmten die Kollegen dafür, daß wir den Streik abbrechen sollten.

Als ich mich im Laufe des Tages weiter mit meinen Kollegen über den Streik unterhielt, sagten fast alle, wir hätten weiter machen sollen. Alle sagten jedoch, daß wir diese Sache verloren hätten. Mir klingt noch der Satz der Streikleitung im Ohr: "Wir streiken bis zum bitteren Ende."

Ja, das Ende war sehr bitter.

Eines habe ich aus dem Streik gelernt: daß wir Arbeiter eine Organisation brauchen, die unsere Interessen wirklich vertritt. Die Solidarität war bei allen Kollegen vorhanden und das war das Positive bei dem Streik. Aber weil wir uns eben auf keine Organisation stützen konnten, haben wir nur Teilerfolge erreicht. Sicher bin ich nicht der einzige, der gelernt hat aus dem Streik. Die nächste Runde wird bestimmt ganz an uns gehen!

Homberg

Verraten und Verkauft

"Wir schützen keine Bummelanten." Das war die Stellungnahme des Betriebsrats der Sachtleben AG für Bergbau und chemische Industrie in Homberg zu folgendem

ben, unter anderem Arbeiter die 10 und 15 Jahre lang in zahlreichen Überstunden und Überschichten ihre Gesundheit für die Sachtleben-Herren ruiniert haben. Und der Be-

vom Betriebsrat noch von der Werksleitung bestätigt werden. Die Belegschaft soll außerdem durch freiwillige Kündigungen verkleinert werden. Weiterhin will man ...

net, daß die Handwerker einen Lohn zwischen 10,80 und 12,50 bekommen. Nur beging er den Fehler, daß er sämtliche Überstunden, Samstagsarbeit und das Weihnachtsgeld in einen Pott geworfen hat und alles durch den normalen Acht-Stundentag geteilt hatte. Auf diese Art kommt man in der Tat zu solchen Löhnen. Auch sagte er, daß er mit den anstehenden Problemen erst vor einer Woche vertraut gemacht worden sei. Ihm wurde von allen Kollegen bescheinigt, daß er unfähig sei, Stellung zu beziehen.

aus dem Vorstand mit uns über die anstehenden Probleme unterhält. Es ließ sich jedoch niemand von diesen Leuten bei uns blicken.
Nachdem wir bis etwa 15.00 nichts erreicht hatten, wurde beschlossen, am nächsten Tag weiter zu machen, zunächst einmal in den einzelnen Werken.

Ein Ereignis, das ich noch unbedingt schildern muß, ist das Verhalten der Polizei. Bei unserem Marsch zum Dreibrötchenhaus störte sie uns nicht weiter. Als wir so ungefähr eine halbe Stunde vor de,

strie in Homberg zu folgendem Schreiben der Werksleitung: "Wir sehen uns gezwungen, das mit Ihnen bestehende Arbeitsverhältnis unter Einhaltung der zu beachtenden Kündigungsfrist zum 30.4. 1971 zu kündigen, da Sie in der Vergangenheit entweder durch häufiges Fehlen, Bummelei oder wegen sonstiger Verstöße die betriebliche Ordnung mißachtet und damit den ordentlichen Arbeitsablauf bzw. den Betriebsfrieden zum Teil nicht unempfindlich gestört haben."

20 Mann der 1200-köpfigen Belegschaft erhielten dieses Schrei-

[illegible] triebsrat, der auf den Belegschaftsversammlungen immer so schön hervorhebt, daß er mit der Betriebsleitung so gut zusammenarbeitet, stellte zwei Betriebsratsmitglieder für die Rationalisierungskommission ab. Die Aufgabe dieser Kommission: Durch Entlassungen von häufig bzw. länger krankfeiernden Arbeitern die Profite sichern.
Denn es sollen zusätzlich noch 55 Beschäftigte entlassen werden. Das nutzen manche Abteilungsleiter dazu aus, die großen Herren zu spielen und die Arbeiter und Angestellten einzuschüchtern. Sie sprechen Kündigungen aus, die weder

[illegible] über 60-jährigen auf "freiwilliger" Basis trennen.

Schon Anfang 1970, nach in-Kraft-treten des Lohnfortzahlungsgesetzes, wurde von der Firmenleitung ein ähnliches Schreiben verschickt. Nach einem Streik der Arbeiter wurde das Schreiben zurückgenommen. Als die Kapitalisten jetzt merkten, daß ihre Profite in Gefahr waren, griffen sie auf ihren alten Plan zurück. Gleichzeitig verkündete die Sachtleben AG, daß sie diesmal wieder in der Lage ist, 12% Dividende für das Geschäftsjahr 1969/70 zu zahlen.

Klassenjustiz für Kapitalisten und DGB-Bonzen

Im Jahre 1967 traten 27 Croupiers der Spielbank Bad-Neuenahr in den Streik. Die Spielbank-Kapitalisten antworteten mit Aussperrung. Nach Beendigung des "Arbeitskampfes" wurden die 27 Herren von der Spielbank nicht wieder eingestellt. Der DGB, besorgt um das Wohl der Armen und Entrechteten, nahm sich der Croupiers (Monatsverdienst zwischen 2 und 4 000 DM) an und führte für sie einen Musterprozeß, der jetzt in letzter Instanz vom Großen Senat des Bundesarbeitsgerichtes (BAG) entschieden wurde.

Über das Urteil können sich DGB-Bonzen und Kapitalisten die Hände reiben. Es bestimmt:
1.) Die Aussperrung ist ein zulässiges Mittel der Kapitalisten sich gegen Streiks der Arbeiter zu "wehren". ('Waffengleichheit' heißt das in der verlogenen Sprache der Klassenjustiz.)
2.) Durch die Aussperrung verliert der Arbeiter nicht mehr automatisch seinen Arbeitsplatz sondern nur noch in Ausnahmefällen.

Fein, denkt man auf den ersten Blick: Immerhin gab die bisherige Rechtsprechung den Arbeitern keinen Rechtsanspruch nach der Aussperrung wieder eingestellt zu werden. So bringt die Entscheidung doch immerhin einen Fortschritt. Wirklich?

Muß da nicht irgendwo ein Haken drin sein? Schließlich ist das BAG doch ein Gericht dieses Kapitalistenstaates. Schließlich werden die Richter des Großen Senats des BAG knapp zur Hälfte direkt von den Kapitalisten und den DGB-Bonzen gestellt. Schließlich hat das BAG in der Vergangenheit schon oft – etwa durch sein Verbot politischer Streiks oder durch die von ihm verhängte Schadensersatzpflicht der Arbeiter bei wilden Streiks – seine arbeiterfeindliche Einstellung bewiesen.

Und der Haken findet sich auch sehr schnell, nämlich bei den "Ausnahmefällen". Nach Meinung des BAG liegt ein "Ausnahmefall" nämlich dann vor, wenn es dem Kapitalisten "wegen vorangegangener Vorfälle nicht mehr zuzumuten ist", den Arbeiter nach Streik und Aussperrung wieder einzustellen.

Was bedeutet das? Ganz konkret heißt das: Wenn die DGB-Bonzen einen Streik organisieren und die Kapitalisten zur Aussperrung greifen, dann müssen die Arbeiter nachher wieder eingestellt werden, weil der DGB-Streik sich in den rechtlichen Grenzen hält, die "Friedenspflicht" beachtet und außerdem sehr selten vorkommt. Es wird ja immer nur mit dem Säbel gerasselt. Wenn aber klassenbewußte Arbeiter einen spontanen Streik machen, der nicht von den DGB-Bonzen gebilligt wird, dann kann der Kapitalist sie allesamt aussperren und für immer auf die Straße setzen. Daher ist dieses Urteil des BAG eine unverschämte Drohung an alle klassenbewußten Arbeiter, die sich nicht mehr vor den DGB-Karren spannen lassen wollen, daß sie bei selbst organisierten Streiks ganz sicher ihren Arbeitsplatz verlieren werden. Klassenjustiz im Dienst von Kapital & DGB-Bonzen. ■

Renault:

Renault-Arbeiter besetzen Hauptwerk

Am 7. Mai besetzten die Arbeiter der staatlichen Renault-Werke das Hauptwerk von Renault in Billancourt bei Paris. Damit erreichte ihr Kampf um Neugestaltung der Lohngruppen eine neue Stufe. Der Streik hatte eine Woche vorher in Le Mans begonnen, als von den dortigen 10 000 Arbeitern 200 die Brocken hinwarfen. Vergeblich versuchte die revisionistische Gewerkschaft CGT abzuwiegeln, indem sie Verhandlungen mit der Geschäftsleitung versprach. Da solche "Verhandlungen" seit Jahren ohne Ergebnis verliefen, ließen sich die Kollegen nicht wieder an die Arbeit bringen, und so breitete sich der Streik über die Werke Flins, Sandouville, Cléon und Billancourt aus. Als die Betriebsleitung mit Aussperrung drohte, besetzten die Arbeiter das Hauptwerk. Der Versuch der CGT, den Arbeitern hinterherzulaufen, um die Bewegung abzulenken, blieb erfolglos.

Die Rote Opelbetriebsgruppe der KPD/ML in Bochum schickte an die französischen Arbeiter eine Solidaritätsadresse, in der es unter anderem heißt: "... Wir hoffen, daß es euch gelingen wird, die Front der Betriebsleitung und der Regierung einerseits, der Gewerkschaftsbürokratie andererseits zu durchbrechen, die euren Kampf abwiegeln wollen. Dies wäre ein Erfolg ... der für die deutsche Arbeiterklasse ein ungeheurer Ansporn wäre, ihre Reihen im Kampf gegen das Kapital, den Staat und den DGB-Apparat fester zusammenzuschließen."

Nachtrag zum

1. Mai 1971

Emmendingen

Am 1. Mai trat unsere junge OG zum ersten Mal mit einer Veranstaltung an die Öffentlichkeit. Eine Woche vor dem 1. Mai wurde die Sondernummer des RM im Stadtzentrum von Emmendingen verkauft. Die Agit-Prop-Trupps hatten sich Pappschilder mit der Titelseite des RM umgehängt. Trotz des strömenden Regens wurden über 100 Exemplare verkauft: bei einer Einwohnerzahl von 16 000 schon ganz beachtlich. Besonders durch das aktive Auftreten und das Ansprechen der Passanten durch die Genossen konnte dieser Erfolg erzielt werden.

Zur Veranstaltung kamen ca. 40 Leute, größtenteils Jungarbeiter und Lehrlinge.

Auch die Revisionisten waren anwesend. Als die DKPisten aber die Kampfentschlossenheit der Anwesenden spürten, schlichen sie klammheimlich aus dem Saal. Die Partei hat sich durch diese Veranstaltung weiter in den Massen verankert, neue Kontakte konnten geknüpft werden.
Bei der Vorbereitung und Durchführung des 1. Mai arbeiteten wir mit einer anderen jungen OG zusammen, um zu verhindern, daß alle Genossen von der Polizei registriert werden. Das finden wir nachahmenswert.

Lörrach

Die OG Lörrach veranstaltete am 30. 4. 71 abends eine 1.-Mai-Kundgebung in einem Saal, der mit roten Fahnen, Plakaten von Marx, Thälmann, Rosa Luxemburg, Mao Tsetung etc. dekoriert war. Es wurden deutsche Arbeiterlieder gespielt. Ein Büchertisch war vorhanden. Hauptsächlich verkauft wurden der ROTE MORGEN, "Der Rotgardist" sowie einzelne Kommentare der Polemik, "Wichtige Dokumente der prol. Kulturrevolution",

Göttingen

Kampf gegen unsoziale Fahrpreise

Für Nulltarif im Nahverkehr

Uns überrollt z. Zt. eine neue Welle von Preissteigerungen. Mieten erreichen Rekordhöhen. Lebensmittel verteuern sich fast täglich und auch Fahrpreise werden erhöht. Die Kapitalisten vollführen allerlei Manöver, um den Auswirkungen der herannahenden zyklischen Krise zu entgehen. Auch die Freigabe des DM-Wechselkurses ist ein solches Manöver, das letzten Endes nicht fruchten wird, sondern nur die Krise verschleppen und damit verschlimmern kann. Ein sehr beliebtes und oft erprobtes Mittel der Kapitalisten ist es auch, die Preise ins Uferlose zu steigern, um selbst in schwierigsten Situationen den Profit zu erhöhen. Nur die Solidarität und die Aktionseinheit der werktätigen Bevölkerung kann die Kapitalisten in ihre Schranken verweisen.

Das erkannten auch verschiedene Göttinger Bürger und Organisationen, als der Rat der Stadt daran ging, die Fahrpreise zu erhöhen. Es bildete sich der "Initiativkreis gegen Fahrpreiserhöhungen", dem die KPD/MARXISTEN-LENINISTEN, ihre Jugendorganisation ROTE GARDE, und andere Organisationen wie Jungsozialisten, Jungdemokraten und auch die DKP angehören. Auf Vorschlag der KPD/MARXISTEN-LENINISTEN nahm der Initiativkreis einstimmig einen Flugblattentwurf an, der enthüllte, wer den Nutzen aus dem öffentlichen Nahverkehr zieht, z. B. die Bosch-Werke und die Großkaufhäuser wie Karstadt. Diese sind nämlich darauf angewiesen, daß die Arbeiter und Käufer zu ihnen kommen, damit sie ihre Profite machen können. Deswegen ist es mehr als einleuchtend, wenn sie auch die Anfahrtkosten übernehmen, und das heißt NULLTARIF IM NAHVERKEHR! Deshalb akzeptierte der Initiativkreis die von der KPD/MARXISTEN-LENINISTEN vorgeschlagene Parole KEINEN PFENNIG MEHR – NULLTARIF IM NAHVERKEHR! Das Flugblatt wurde in der Stadt verteilt und stieß auf die Zustimmung vieler Menschen.

DKP SPALTET AKTIONSEINHEIT

Die planmäßige Arbeit der KPD/MARXISTEN-LENINISTEN verstörte die Leitung der revisionistischen DKP. Der gezielte Agitations- und Propagandaarbeit der Partei, die auf der Mai-Kundgebung des DGB in einem Flugblatt den Dreibund Kapital-Staat-DGB-Apparat entlarvte und an ein Viertel der Teilnehmer die ROTE MORGEN-Sondernr. verkaufen konnte, und der gezielten Arbeit der ROTEN GARDE, die eine gut besuchte Veranstaltung zum 1.Mai durchführte, die selbst dem DGB-Kreisvorsitzenden derart wichtig erschien, daß er sich genötigt sah, an ihr teilzunehmen, hatten die Revisionisten nichts entgegenzusetzen. Als höhere DKP-Funktionäre nun noch hörten, daß die DKP-Mitglieder im Initiativkreis den Vorschlägen der Kommunistischen Partei nach Nulltarif zugestimmt hatten, packte sie das kalte Entsetzen. Das durfte nicht sein! Die DKP-Mitglieder mußProtestaktion durch. Der Aufforderung des Initiativkreises, zahlreich an der Ratssitzung teilzunehmen, waren viele Menschen gefolgt, daß schon vor Beginn der
vor Beginn der Sitzung der Saal überfüllt war (in der vorgehenden Ratssitzung war nur ein Zuhörer anwesend). Durch ein windiges Manöver wurde der Punkt Tariferhöhungen an die 13. Stelle der Tagesordnung gelegt. Dadurch sollten die nach einem langen Arbeitstag ermüdeten Menschen davon abgehalten werden, der Beratung dieses Punktes beizuwohnen.

Als nach 2-stündiger Sitzung diese Absicht jedem klar war und außerdem ersichtlich war, daß vor Beratung der Tariferhöhungen die hohen Herren sich noch zurückziehen wollten, um ein opulentes Mahl zu vertilgen, stand ein Genosse auf und verlangte den Punkt Tariferhöhungen vorzuziehen. Die Antwort des Oberbürgermeisters bestand darin, daß er befahl, den Genossen durch anwesende Polizei in Zivil und durch Geheimpolizei aus dem Saale zu schaffen. Doch er hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Nun ging es erst richtig los. An verschie-

Ein erster Erfolg!

Einen großen Erfolg brachte der Spendenaufruf im letzten ROTER MORGEN. Es gingen ein im Monat Mai:

Ortsgruppe Karlsruhe	7.5.71	DM	165,--
Ortsgruppe, Rote Betriebsgruppen, Rote Stadtteilgruppen Freiburg	17.5.71	DM	1.855,--
Willi, Frankfurt	18.5.71	DM	500,--
Der RM dankt dem Genossen Willi auch für die großen Spenden der letzten Monate)			
Ortsgruppe Dortmund	21.5.71	DM	240,--



"Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volke" und "Barrikaden am Wedding". Es waren ca. 60 Personen anwesend, hauptsächlich Jungarbeiter, Lehrlinge und Schüler.

Das Referat fand starken Anklang und es wurde aufmerksam zugehört. Besonderen Anklang fand der erste Teil mit der Faschismus-Analyse, da die Mehrzahl der Anwesenden Jugendliche waren und ihnen die konkreten Daten, Bedingungen und Geschehnisse entweder überhaupt nicht oder nur verdreht bekannt waren.

"Zur Währungskrise"

Eine berechtigte Kritik wurde von vielen Genossen an dem Artikel "Zur Währungskrise" im letzten RM geübt. Dieser Artikel, dessen Verständnis eine Kenntnis der marxistischen Wirtschaftstheorie voraussetzt, war nicht geeignet, den fortgeschrittensten Kollegen einen Ausweg aus dem "Wust von Lügen und Verdrehungen der bürgerlichen Presse" – wie es im Vorspann hieß – zu zeigen.

Was im RM veröffentlicht wurde, war gedacht als **Grundlage** für einen Propaganda-Artikel zur Währungskrise. Daß es unbearbeitet in den Satz ging, kann mit Zeitdruck bei der Herstellung des RM nicht entschuldigt werden. Es ist ein Zeichen von schlechtem Arbeitsstil, ein Zeichen, daß die Handwerkelei noch tiefe Wurzeln in unserer Partei hat. Die Redaktion verpflichtet sich, den Kampf gegen Handwerkelei und andere Äußerungen bürgerlichen Arbeitsstils und bürgerlichen Denkens in der Partei verstärkt aufzunehmen.

Landesverband Westberlin	25.5.71	DM	700,--
Zelle "Edgar André" Hamburg	28.5.71	DM	650,--
		DM	4.110,--

Dadurch erhöhte sich die Spendensumme auf insges. DM 12.312,56 und es wurde uns möglich den Preis des ROTEN MORGEN ab dieser, der Juni-Ausgabe 1971 auf 0,50 DM zu senken.

An der Summe, die zum 14tätigen Erscheinen des ROTEN MORGEN notwendig ist (22.000 DM) fehlen somit noch rund 10.000 DM. Wir hoffen, daß es den Genossen und Sympathisanten unserer Partei recht bald gelingen wird, auch noch diese Summe aufzubringen. An dieser Stelle recht herzlichen Dank allen Genossen, Sympathisanten und Parteiorganisationen, die uns durch ihren Beitrag halfen, und helfen werden das Zentralorgan unserer Partei zur scharfen Waffe im Klassenkampf zu schmieden.

Verlags- und Redaktionskollektiv
ROTER MORGEN

LITERATUR AUS DER VOLKSREPUBLIK ALBANIEN

ENVER HOXHA

Erster Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens

In der vollständigen Verbundenheit zwischen der Partei und dem Volke beruht unsere Kraft

Rede gehalten am 18. September 1970 auf dem Treffen mit den Wählern der Wahlzone Nr. 219

79 Seiten, Broschüre 0,50 DM

Bestellungen an:

Zentraler Literaturvertrieb Hans-Joachim Kühn
2 Hamburg 19 Postfach 7691
Postscheckkonto: Hamburg, 32 17 30



ten "Selbstkritik" üben, man distanzierte sich von der Nulltarif-Forderung mit der Begründung, daß die Arbeiter zu dumm seien, sie zu unterstützen. ("Die Arbeiter haben doch nur BILD-Zeitungsniveau!") Die DKP-Führer sagten, man müsse 50 Pfg fordern. Und so dachten sie als erstes die Auslieferung des gemeinsam beschlossenen Flugblattes zu hintertreiben, allerdings ohne Erfolg, denn die meisten Flugblätter waren zu diesem Zeitpunkt bereits verteilt.

DEMOKRATISCHE FORDERUNGEN DURCH POLIZEI ABGEWÜRGT

Auch der gemeinsame Beschluß, in der Ratssitzung, in der über die Tariferhöhungen beschlossen werden sollte, unverschämten Fahrpreiserhöhungen zu protestieren, wurde von der DKP nicht eingehalten. Da die DKP offensichtlich nicht bereit war, für die Interessen der Bevölkerung einzutreten, führten KPD/ML und ROTE GARDE eine spektakuläre

denen Stellen des Saales wurden Transparente mit der Losung KEINEN PFENNIG MEHR – NULLTARIF IM NAHVERKEHR entrollt und befestigt, die Angriffe der Polizei abgewehrt, ein Flugblattregen ging auf den Rat nieder, in Sprechchören wurde die Losung gerufen. Da wußte sich der OB nicht mehr zu helfen und rief nach dem Überfallkommando. In einem Mannschaftswagen und mehreren Streifenwagen wurden einige Genossen mitgenommen, die der Polizei von einem Geheimagenten gezeigt werden mußten, da die Bevölkerung auf die Frage nach den "Rädelsführern" keine Antwort gab.

Die DKP hatte nichts Eiligeres zu tun, als sich von der Protestaktion zu distanzieren. In einer Fragestunde des Rates, die abends gegen 23 Uhr abgehalten wurde, forderte sie den 50-Pfg-Tarif, mußte sich aber von einem CDU-Abgeordneten belehren lassen, daß im Göttinger Stadtgebiet beim Kauf einer Zehnerkarte der Einzelfahrschein 50 Pfg kosten würde.

Ungarn: Ausbeutungsmethoden der Bourgeoisie

Seit einiger Zeit rückt Ungarn wieder verstärkt ins Blickfeld des am Osthandel intressierten Teils der westdeutschen Bourgeoisie, die mit der Möglichkeit, durch Kapitalexport dort Extraprofite zu erzielen, liebäugelt. So konnte schon im November 1969 die Zeitschrift CAPITAL berichten, daß die Miederfabrik Triumph in Ungarn die Koproduktion erreicht hat:

"200 Magyaren nähen schon seit drei Jahren im Miederwerk Köszeg an der ungarisch-österreichischen Grenze exklusiv für Triumph. Diese Lohn-Veredelung entwickelte Triumph weiter: Zunächst in eine Lizenzvergabe, dann in eine Koproduktion. Heute bewacht ein deutscher Betriebsleiter im ungarischen Werk die Miederarbeiten......... Generaldirektor Dr. Karl Hausner sagt: '...Wie in Deutschland belegen wir auch in Ungarn alle Werbemedien von der Tageszeitung bis zum Fernsehen.'"

Diese Tendenz hat sich in jüngster Zeit noch erheblich verstärkt. Wie die westdeutsche Bourgeoisie die ungarischen Verhältnisse einschätzt, geht aus einem Artikel der FAZ vom 25. Mai 1971 deutlich hervor. Unter der Überschrift "Breschnews Segen für Ungarn" heißt es:

"Die ungarische Wirtschaftsreform gilt als die weitestgehende und am besten funktionierende im Ostblock. Beobachter in Wien sind sogar der Meinung, Ungarn sei wahrscheinlich das einzige kommunistische Land, in dem der 'Neue Wirtschaftsmechanismus' nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis eine wirkliche Umorientierung, Dezentralisierung und Auflokkerung des Wirtschaftslenkungssystems in Gang gebracht hat und wo **heute der 'Markt' als wirtschaftsbestim-**

Um den Arbeitswillen anzuspornen, bekennen sich Partei und Gewerkschaften zu einer **stärkeren Differenzierung der individuellen Einkommen** entsprechend der Leistung. Gehälter und Prämien der leitenden Angestellten wurden bereits fühlbar angehoben. Nun sollen auch die Löhne und vor allem die Prämien der breiten Schichten stärker differenziert werden . . .
Dazu kommt, daß die Regierung in vielen Produktionsbereichen die **enge Zusammenarbeit ungarischer Betriebe mit ausländischen Partnern** fördert und daher auch von dieser Seite frischer Wind, kommerzielles Denken und importiertes technisches Können in die ungarische Wirtschaft eindringen."

Auch was die ungarische Arbeiterklasse von dieser Politik hält, deutet die

gulären Arbeitszeit, die allein den ungarischen Kapitalisten und ihren westeuropäischen Partnern zugute kommt, sind sie dazu nicht mehr in der Lage.

Was haben Marxisten-Leninisten zu diesem Jubel des Zentralorgans der westdeutschen Bourgeoisie zu sagen? Aus Österreich erreichte uns der folgende Bericht eines ungarischen Genossen.

Der "Neue Wirtschaftsmechanismus"

Seit Einführung des "neuen Wirtschaftsmechanismus" am 1. Januar 1968 in Ungarn beutet die neue Bourgeoisie Ungarns die Arbeiter und Bauern noch unverschämter und offener aus als bisher. **Das Gewinnstreben wurde zum obersten Gesetz dieser Wirtschaftsreform.**

Rezsö Nyers, Politbüromitglied der "Sozialistischen Arbeiterpartei", charakterisierte den "Neuen Wirtschaftsmechanismus" auf dem X. Parteitag im November 1970 wie folgt:

"Das Betriebsinteresse, das in der ständigen Erhöhung der Gewinne besteht, setzt sich bei uns nicht selbständig und isoliert durch, sondern im Rahmen des Staatsinteresses." (Nepszabadsag, 26. 11. 1970)

So formuliert, unterscheidet sich das Wesen dieser Wirtschaftsweise in nichts von der anderer kapitalistischer Länder. Nyers versuchte jedoch, den Eindruck zu erwecken, als befänden sich das Betriebsinteresse = Gewinn-

"Bei der Kontrolle über die Produktion müssen die Kommunisten die Lösung folgender drei Aufgaben angehen: sie müssen dafür sorgen, daß unter den Umständen erhöhter Selbständigkeit der Betriebe seitens der Betriebsführung 1. die Wirtschaftspolitik der Partei gewährleistet wird, 2. die Beschlüsse der oberen Parteigremien durchgeführt und 3. die Anordnungen der staatlichen Führungsorgane befolgt werden." (Nepszabadsag, 12. 2. 1971)

Ob sich die Betriebszellen einer sozialistischen Partei auch um die Arbeiter kümmern und deren Interessen berücksichtigen soll, davon ist nicht die Rede. Das zu fordern, wäre auch wohl "dogmatisch"!

Arbeitswettbewerbe im Dienste der Kapitalisten

Jahr für Jahr organisieren die Partei- und Gewerkschaftsbonzen Arbeitswettbewerbe: sie fordern die Arbeiter auf, noch mehr zu schuften. Dabei bedienen sie sich scheinbar sozialistischer Losungen wie "Erhöhte Leistung für den sozialistischen Aufbau!", "Arbeite fehlerfrei!" oder "Mehr Leistung zu Ehren des 100. Geburtstages des Genossen Lenin!". Diese Losungen erhalten sozialfaschistischen Charakter dadurch, daß sie dazu dienen, den Betrug und die Ausbeutung der Arbeiter zu beschönigen.
Unter der Diktatur des Proletariats konnten die Arbeitswettbewerbe noch dem Aufbau des Sozialismus dienen, denn sie trugen dazu bei, das Lebens-

"In zwei Tagen sollen wir unseren Lohn erhalten, aber wir wissen noch nicht, wie viel. Der Chef versprach uns, daß wir nicht weniger als bei der Eisenbahn bekommen. Damit kann er uns aber nicht beruhigen. Solange wir bei MAV waren, brauchten wir nur beim Auspacken der Waggons zu helfen; jetzt müssen wir fast alles selbst machen. Das bedetuet 6–8 Tonnen mehr pro Tag."

An derselben Abladestelle, wo vorher 15 Mann beschäftigt waren, müssen nun 8 Arbeiter die Arbeit schaffen.
Die oben geschilderten Beispiele sind klassische Methoden kapitalistischer Ausbeutung. Darüber hinaus werden Methoden angewandt, die mit einer scheinsozialistischen Ideologie unterstützt werden und sozialfaschistischen Charakter tragen.

Seit Anfang der 60er Jahre hat die neue Bourgeoisie die Partei der Arbeiter in eine Partei der Bourgeoisie verwandelt. In allen oberen und mittleren Gremien liegt die Macht in ihrer Hand. Da die Gewerkschaften in einem sozialistischen Land, wie es Ungarn bis etwa 1955 noch war, unter unmittelbarer Leitung durch die Partei stehen, haben die Kapitalisten natürlich auch die Macht in den Gewerkschaften erobert. Partei und Gewerkschaften sind somit Waffen der Bourgeoisie, die sie zur Unterdrückung der Arbeiter und Bauern einsetzt. In dem Maße wie in den revisionistischen Ländern befinden sich diese Machtapparate nur in faschistischen Ländern wie Spanien und Griechenland in Händen der Bourgeosie. Wenn also die ungarischen Kapitalisten sich genötigt sehen, zur Sicherung ihres Profits die Arbeiter-

mende Größe nahezu gleichberechtigt zum 'Plan' anerkannt wird . . .

Die Leistung eines Unternehmens wird nicht mehr nach der Quantität der Erzeugung, sondern nach Absatz und Gewinn beurteilt . . .
(Es) scheint . . . . als hätten die ungarischen Wirtschaftsreformer nun die ersten schweren Hürden genommen. Dem Regime kam dabei zugute, daß **Janos Kadar schon Ende der 50er Jahre im mittleren Management von Wirtschaft und Verwaltung zahlreiche parteiverdiente, aber fachlich unfähige alte Kämpfer gegen hochqualifizierte, politisch desinteressierte Fachleute ausgewechselt hat. Diese Technokraten erwiesen sich jetzt als der Rückhalt der Wirtschaftsreform . . .**

FAZ an:

"Aber die Mehrheit der Ungarn will das gar nicht. Umfragen in den Betrieben ergaben, daß den meisten die Gleichmacherei sympathischer ist. Sie brauchen sich dann nicht anzustrengen. Außerdem haben viele Ungarn nach Betriebsschluß noch einen lukrativen Nebenjob, den sie nur so lange bewältigen können, als man ihnen so wie jetzt im Hauptberuf ein ruhiges Leben gönnt."

Mit anderen Worten: die ungarischen Arbeiter sind darauf angewiesen, einem Nebenerwerb nachzugehen oder Überstunden zu machen, um ihren Bedarf zu decken. Durch die verschärfte Arbeitshetze während der re-

streben und das Staatsinteresse, das das Gewinnstreben im Rahmen hält, zueinander im Widerspruch. Er will den Arbeitern vorgaukeln, Ungarn sei eine Volksrepublik, die von einer sozialistischen Arbeiterpartei geführt werde.

In Wirklichkeit jedoch sind sowohl Staat als auch Betriebe von der neuen Bourgeoisie beherrscht. Die Arbeiter- und Bauernklasse dagegen steht unter einer zweifachen Knute, nämlich der betrieblichen und der staatlichen Ausbeutung, denn Widersprüche zwischen dem betrieblichen Management und dem Staat als dem Gesamtkapitalisten werden in aller Regel auf dem Rücken der Arbeiter und Bauern ausgetragen.

I Ausbeutungsmethoden im Betrieb

Da die neue Bourgeoisie von der Ausbeutung der ungarischen Arbeiter und Bauern profitiert, greift sie in den Betrieben zu immer frecheren Maßnahmen, um ihre Profite abzusichern. Man redet viel von Investitionen, Rationalisierungsmaßnahmen, Kooperation mit westlichen Kapitalisten, vor allem aber über die Notwendigkeit, Arbeitsmoral und -disziplin zu erhöhen.

"Um die Aufbauziele (des Landes) zur erreichen, ist es erforderlich, die Entfaltung des schöpferischen Geistes zu unterstützen, die Arbeitsmoral zu stärken und die Arbeitsdisziplin überall dort zu festigen, wo sie unzureichend ist." (Beschluß der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei über die Arbeit der Partei und deren weitere Aufgaben. Nepszabadsag, 29. 11. 1970)

Die freie Entfaltung des schöpferischen Geistes der Bourgeoisie, d. h. ihr zügelloses Profitstreben, ist nur gesichert, wenn die Arbeitsmoral bzw. Arbeitsdisziplin, d. h. Ausbeutung der Arbeiter, verstärkt wird.

Erhöhung der Arbeitsnormen

Bis Ende 1967 war die ungarische Bourgeoisie an der Produktivität der Betriebe kaum interessiert. Lasche Betriebsführungsmethoden hatten zur Folge, daß der Leerlauf oft 30% der Arbeitszeit ausmachte.

Um die Gewinne der neuen Bourgeoisie zu sichern, ließ die Parteiführung die Arbeiter länger schuften. Die offizielle Arbeitszeit beträgt in Ungarn 44 Stunden pro Woche. Die wirkliche Arbeitszeit dagegen beträgt in den meisten Fällen 60–70 Stunden!

Allein in Budapest wurden im ersten Dreivierteljahr 1970 über 6 Millionen Arbeitsstunden mehr geleistet als 1968. Bei BKV (Budapester Verkehrsbetrieb) erreichte die durchschnittliche Arbeitszeit der Arbeiter über 300 Stunden im Monat. Das sind offizielle Angaben der Parteizeitung Nepszabadsag!
Da diese ungeheuerliche Auspowerung der Arbeitskraft auf die Bourgeoisie selbst zurückschlug – wegen physischer Erschöpfung sank die Arbeitsleistung der Arbeiter erheblich –, griff die neue Bourgeoisie über den Gewerkschaftsapparat zu neuen Maßnahmen.
In Nepszabadsag vom 23. 2. 1971 wird unter dem Titel "Vernünftigere Lohnpolitik" eine solche Maßnahme als nachahmenswert dargestellt:

"Die Zahl der Arbeiter in der Abteilung Angyalföld von MHD (Schiffs- und Kranbau) ist während des 3. Fünfjahresplans (1966–71) um 500 zurückgegangen. Damit hatte man, als man den Plan aufstellte, gerechnet . . . und einen durchschaubaren Stücklohn eingeführt, um die Arbeiter für eine bessere Ausnutzung der offiziellen Arbeitszeit zu interessieren. So wurde es ermöglicht, daß die Arbeiter ihr Einkommensniveau vom Vorjahr, das sie durch zahlreiche Überstunden erreicht hatten, in der 8stündigen Arbeitszeit annähernd halten konnten
Diese empfehlenswerte Lohnpolitik oder administrative Maßnahmen könnten starke Feinde der Überstunden sein. Beide Maßnahmen für sich bringen jedoch noch wenig Erfolg. Unentbehrlich ist es, die Bedingungen für eine bessere Organisierung der Arbeit und für eine reibungslosere Produktion zu sichern."

Was ein Arbeiter früher in 70 Stunden leisten mußte, muß er jetzt in 44

niveau der Arbeiterklasse zu heben und die Lebensverhältnisse des ganzen Volkes zu verbessern. Unter der Diktatur der Bourgeoisie jedoch dienen solche Wettbewerbe lediglich dazu, die Geldsäcke dieser Heuchler zu füllen.

Am 1. März verabschiedeten die Bonzen der Gewerkschaft SZOT die Losungen der Arbeitswettbewerbe für 1971:
1. Durchführung des Wohnungsbauprogramms, d. h. erhöhte Anstrengungen der Bauarbeiter;
2. Hebung des Niveaus der Arbeits- und Betriebsführung, Erhöhung von Produktivität und Wirtschaftlichkeit der Betriebe, d. h. die Arbeiter werden dazu angehalten, sich für ein höheres "Niveau der Betriebsführung", sprich: verbesserte Ausbeutungsmethoden, und "höhere Wirtschaftlichkeit der Betriebe", sprich: Steigerung der Profite der Manager, Partei- und Gewerkschaftsbonzen, einzusetzen;
3. Erhöhung der Qualität der Waren, bessere Versorgung der Bevölkerung. Die Losung "Arbeite fehlerfrei!" bedeutet: steigere den Profit der Kapitalisten, sonst kürzt er deinen Lohn.

Maßnahmen gegen Arbeiter, die sich wehren

Der Budapester Hüttenarbeiter I. Hauser protestierte dagegen, daß ihn der Direktor fristlos und ohne Angabe von Gründen gekündigt hatte. Als er beim Gericht Einspruch erhob, wurde ihm eine Kündigungsfrist zugebilligt. Jedoch zahlte ihm der Direktor am Jahresende keine Gewinnprämie, die etwa einen halben Monatslohn ausgemacht hätte. Als er das in einem Leserbrief an Nepszabadsag schrieb, erhielt er zur Antwort:

Stunden bewältigen. Nicht besser erging es Arbeitern, die im Zuge der Zusammenlegung vom MAV (Eisenbahngesellschaft) und VOLAN ihren Arbeitsplatz zu VOLAN wechseln mußten. Der Packer K. Kiss faßt seine neuen Erfahrungen so zusammen:

klasse noch mehr auszuquetschen, setzen sie dazu Partei- und Gewerkschaftsapparat ein. Unter dem Titel "Parteiarbeit im Betrieb" schreibt Jozsef Horvath, ein typischer Vertreter der sozialfaschistischen Ideologie:

"Die Auszahlung des Gewinnüberschusses ist nicht verbindlich: der Betriebsdirektor hat das Recht, den Gewinn einzubehalten, wenn er an der Arbeit oder dem Benehmen des Arbeiters etwas auszusetzen hat."

Diese Haltung kommt auch in einer Diskussion des XI. Budapester Stadtbezirkskomitees der Partei über Fragen der Betriebsdemokratie zum Ausdruck:
"Leider kommt es heutzutage vor, daß diejenigen, an denen Kritik geübt wird, dem Kritiker das mit hohen Zinsen heimzahlen." (Nepszabadsag, 26. 2.71)
Was für eine "Demokratie" ist das, bei der Arbeitern, die gegen Ausbeutungsmaßnahmen protestieren, das mit **hohen** Zinsen heimgezahlt wird? Wer hat in dieser Demokratie die Freiheit: die Arbieter und Bauern, oder die Sklavenhalter und Sozialfaschisten wie der erwähnte Jozsef Horvath, der in der "Arbeiter"parteizeitung Nepszabadsag unter dem Titel "Falsches Selbstbewußtsein" schreiben kann:

"Es gibt einige (Arbeiter), die sich mit einer Erregung, die von irgendeinem falschen Selbstbewußtsein herrührt, dagegen sträuben, die während des Arbeitsprozesses entstehende natürliche Ordnung von Vorgesetzten und Untergebenen anzuerkennen."
Was Horvath mit falschem Selbstbewußtsein bezeichnet, ist das revolutionäre Klassenbewußtsein der ungarischen Arbeiter und Bauern, die schon zweimal – 1919 mit Bela Kun an der Spitze und 1945, als sie das Joch der Faschisten abschüttelten – der alten Bourgeoisie entscheidende Schläge versetzt haben und die auch mit der Bourgeoisie neuen Typs fertig werden, auch wenn heute noch Leute wie Horvath ihre Sklavenhalterideologie verbreiten können.

II Die Propagierung des Staatsinteresses

In der Gewerkschaftszeitung Nepszave vom 6.4.1971 heißt es:
"Unsere Abgeordneten schufen während der letzten 4 Jahre 26 Gesetze, mehr als in allen anderen Legislaturperioden des ungarischen Parlaments. Und was ebenso wichtig ist: diese Gesetze beschränken sich nicht auf Randprobleme, sondern sie regeln die g r u n d s ä t z l i c h e n Probleme unseres Lebens."

Das ist wahr: sie regeln in der Tat die grundsätzlichen Probleme des ungarischen Lebens, aber zu fragen ist doch: wem nutzen diese Gesetze und wessen Herrschaft stärken sie?

Leistungsabhängige Differenzierung

Am 22.12.1970 bescherte die Regierung die ungarische Bourgeoisie mit einem Weihnachtsgeschenk: sie erließ ein neues Gesetz zur Regelung der Einkommens- und Lohnpolitik der Betriebe. Dieses Gesetz garantiert höhere Gewinne für die Bourgeoisie, fordert von den Arbeitern stärkere Leistungen und zielt in Verbindung mit der von Parteichef Kadar auf dem X. Parteitag angekündigten "leistungsabhängigen Differenzierung" auf die Spaltung der Arbeiterklasse.

"Die progressive Beteiligungssteuer wird verringert, und dementsprechend spiegeln die Einkommensunterschiede der verschiedenen Betriebe die Möglichkeit, das persönliche Einkommen zu erhöhen." (Nepszabadsag, 24.12. 1970)

Der Lohn der Manager besteht zu rund 60 % aus Gewinnprämien und zu 40 % aus festem Gehalt. Das feste Gehalt der Führungskräfte beträgt nach offiziellen Angaben 5–10 000 Forint im Monat. Nach Schätzungen (genaue Angaben sind mangels Kontrolle nicht möglich) **erhalten die Manager mit Gewinnbeteiligung im Durchschnitt 20–30 000 Forint.** In einigen Fällen sind monatliche Einnahmen von 35–40 000 Forint bekannt geworden. Viele Mannungen: sie erhalten die Möglichkeit, ihre Zimmer zu einem gegenüber den staatlichen Wohnungen doppelten Preis pro qm, nämlich 8,40 Forint, zu vergeben. Dadurch wird besonders die Kleinbourgeoisie begünstigt, deren Häuser und landwirtschaftliche Güter bei der Verstaatlichung im Verlauf der 50er Jahre żwar praktisch, nicht jedoch juristisch eingezogen worden waren. Das neue Gesetz gibt ihnen die Möglichkeit, aus ihrem Eigentum Kapital zu schlagen; sie dürfen z.B. **Arbeiterfamilien aus ihren Häusern vertreiben und diese an besser zahlende Firmen oder westliche Touristen vermieten.** Dieser Prozeß ist in größeren Ortschaften bereits voll im Gange.

Die Betriebe unterstützen den **privaten Wohnungsbau** der Arbeiter, nach altbewährter kapitalistischer Manier. So gibt die südungarische Kohlen- und Erzbergbaugesellschaft Mecsek dem Arbeiter einen Wohnungsbaukredit von 30 000 Forint und verlangt als "einzige Gegenleistung" dafür, daß er sich auf 10 Jahre für die Firma verpflichtet. 10 Jahre also muß er sich sämtliche Niederträchtigkeiten seines neuen Herrn bieten lassen.

Aus all dem wird deutlich: die neue Bourgeoisie hat den Staatsapparat völlig in der Hand und kann ihn dazu benutzen, die Arbeiter und Bauern restlos auszunützen und zu unterdrücken. Wenn die Revisionisten behaupten, der Staat hielte das Gewinnstreben der Betriebe im Rahmen, so ist das ein Märchen. Im Gegenteil: Staat und Partei sind Instrumente der Bourgeoisie zur Ausbeutung der Arbeiter.

"Lösung" von Widersprüchen zwischen Staat und Betrieben

Bis 1968 gab es in Ungarn – als Reste von Sozialismus – ein bestimmtes Sortiment billiger Waren. Die Preise dieser Waren lagen häufig unterhalb der Herstellungskosten, denn sie dienten dazu, lebensnotwendige Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen.

Mit der Wiedereinführung des Prinzips, um des Gewinns willen zu produzieren, wollte kein Betrieb mehr billige Waren herstellen. Da das zu Unruhe in der Arbeiterklasse führte, entschloß sich die Regierung, zu "handeln". Sie gewährte einigen Firmen Steuervergünstigungen und erließ einige Anordnungen. Nach Verlauf eines Jahres konnte dann das FNEB (Volkskontrollkomitee von Budapest) feststellen, daß viele billige Waren inzwischen um 30–40 % teurer geworden und andere billige Waren vom Markt verschwunden waren.

Das FNEB erkannte auch den Grund:

"Die letzte Untersuchung ergab, daß zwischen den Interessen der Betriebe und denen des Handels Widersprüche bestehen, die ausgeräumt werden müssen, um das Problem zu lösen. Für die Tätigkeit der Betriebe ist es charakteristisch, daß sie bei unveränderter Kapazität möglichst hohe Einnahmen erzielen wollen. Das geschieht dann meistens in der Weise, daß der Betrieb seine Produktionsstruktur zu Waren hin verlagert, deren Herstellungskosten gering und deren Gewinne hoch sind. Die Folge solcher Anstrengungen besteht aber darin, daß die billige Ware oder deren Grundstoff nicht hergestellt wird." (Nepszabadsag, 13.2.1971)

Der Verlierer ist also weder der Staat noch der Betrieb, sondern der Arbeiter. Er darf sich täglich schwere Sorgen machen, wovon er seiner Familie am Monatsende Milch und Brot besorgt.

III Die Meinung der Arbeiter

Die Stimme der Arbeiter wird in der "Arbeiter"parteizeitung Nepszabadsag selten zitiert. Man darf ermüdende Berichte über Betriebsversammlungen, Partei- und Gewerkschaftskongresse lesen und hat vielleicht bei jedem hundertsten Artikel das Glück, ein paar Zeilen zu finden, in denen die Meinung eines Arbeiters oder Bauern unverfälscht wiedergegeben wird. Bei der oben bereits angeführten Parteidiskusion des XI. Budapester Stadtbezirkskomitees mußten die Parteimitglieder zugeben, "daß die Menschen bei uns nicht als Außenstehende, auch nicht als besser bezahlte Angestellte, sondern als Besitzer des Betriebes eine bessere Zukunft gestalten wollen".

K.P., Gießer der Maschinenfabrik für Fernmeldewesen in Budapest, begründet seine Kündigung so:

"In den letzten 3 Monaten habe ich 3 500 Forint verdient. Aber wie? Wahrscheinlich wissen Sie, daß wir Gießer ermäßigte Arbeitszeit haben. Das Gesetz verbietet Überstunden. In der Theorie! In Wirklichkeit müssen wir 'Terminaufgaben' machen. Dazu erhalten wir Terminprämien. 5–600 Forint, mal auch 1 000, mal noch mehr. Während der normalen Arbeitszeit kann man keine Terminaufgaben verrichten. Ist das Überstundenproblem also gelöst worden? Wir nutzen uns nur ab!"

Ein Bauer faßt bei der Jahresschlußkonferenz seiner LPG seine Erfahrungen so zusammen:

"Ich muß heute nicht weniger arbeiten als früher, als ich noch Knecht war. Der Vorsitzende (der LPG) ist hier genauso grob wie damals der Gutsverwalter. Man erhält auch nicht mehr als damals." (Nepszabadsag, 24. 2. 1971)

Diese Zitate sind Seltenheiten in ungarischen Zeitungen. Aber sie geben desto sicherer die tatsächliche Meinung der arbeitenden Bevölkerung wieder. Daß die Arbeiter mit der Wiedereinführung des Kapitalismus nicht einverstanden sind, zeigen die Ergebnisse der Betriebsratswahlen der Gewerkschaften im Januar dieses Jahres.

Die Arbeiter wählten nicht die von Partei- und Gewerkschaftsleitung vorgeschlagenen Kandidaten, sondern sie setzten – Zeitungsberichten zufolge – oft ihre eigenen Kandidaten durch. Damit erteilten die Arbeiter eine klare Absage an die Adresse der neuen Bourgeoisie.

Die ungarische Arbeiterklasse ist in Kämpfen erprobt. Sie hat im Bündnis mit den Bauern viele Siege gegen Feudalherren und Bourgeoisie errungen. Sie wird auch die neue Bourgeoisie besiegen. Mögen sich Kadar, Nyers, Fock oder Horvath auch als Kommunisten ausgeben, die Arbeiter und Bauern Ungarns haben begriffen, daß sie Ausbeuter und Unterdrücker sind. Daher ihr Angstgeschrei über "falsches Selbstbewußtsein" der Arbeiter. Die ungarischen Arbeiter und Bauern haben vor 20 Jahren erfahren, was eine kommunistische Partei für sie tut. Sie wissen zu unterscheiden und lassen sich durch scheinsozialistisches Gerede nicht betäuben. Sie haben ein revolutionäres und kämpferisches Selbstbewußtsein, und den Revisionisten bleibt nichts übrig, als dieses Bewußtsein als falsch zu beschimpfen: ihnen wird das revolutionäre Selbstbewußtsein der ungarischen Arbeiter- und Bauernklasse den endgültigen Untergang ihrer reaktionären Ausbeuterherrschaft bringen.

Klassenkampf und friedliche Koexistenz

"Pakistan – Chinas Prag". Unter solchen und ähnlichen Parolen versucht gegenwärtig die Bourgeoisie, die Volksrepublik China zu diffamieren. Verschiedene außenpolitische Schritte Chinas in der letzten

sieg Allendes ein Schlag gegen den US-Imperialismus ist, trat dagegen zurück.

gegenseitigen Hilfe und der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern entwickeln; den revolu-

ager beziehen außerdem noch Gehälter durch Zweit- und Drittposten.

Was dagegen erhalten die Arbeiter? Ihr fixer Lohn liegt in der Regel bei 1 800–2 000 Forint im Monat. Ihre "Gewinnbeteiligung" beträgt im Jahr einen halben Monatslohn, und auch das nur unter der Voraussetzung, daß sie sich "gut" benommen und fleißig für die Bourgeoisie geschuftet haben. Betont werden muß, daß die **Entwicklung auf eine Vergrößerung der Unterschiede hinausläuft.**

"Die Verwirklichung unserer einkommenspolitischen Grundsätze macht es notwendig, das Durchschnittseinkommen der auf höherer Ebene Arbeitenden im Vergleich zum Einkommen der Arbieter zu erhöhen." (Beschluß des Kongresses der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei über die Arbeit der Partei und deren weitere Aufgaben. Nepszabadsag, 29. 11.1970)
Kommentar überflüssig!

Ungarns weiße Kreise

Am 1. Juli dieses Jahres tritt eine Neuregelung für Wohnungs- und Mietrecht in Kraft. Der Preis für den Quadratmeter Wohnfläche soll von 1,70 auf 4,20 Forint erhöht werden. Trotz eines seitens der Regierung zugesicherten Wohnungszuschusses wird sich damit die Miete von rund 400 000 Arbeiterfamilien in augenblicklich noch nicht zu berechnendem Maß erhöhen. Der Wohnungszuschuß soll wegfallen, wenn die Löhne der Arbeiter steigen, wenn sich der Arbeiter am Arbeitsplatz "unmoralisch", d.h. nicht im Sinne der von der Bourgeoisie geschaffenen Vorschriften verhält. So z. B., wenn ein Arbeiter vor Ablauf der im Arbeitsvertrag vereinbarten Arbeitszeit kündigt.

Da in Ungarn wegen der enormen Verschärfung der Ausbeutung zahlreiche Arbeiter ihren Arbeitsplatz wechseln müssen, sind von dieser "moralischen" Diskriminierung sehr viele Arbeiterfamilien betroffen.

Hinzukommt das neue Gesetz für Besitzer von Privathäusern und -woh-

Zeit werden als Zeichen gedeutet, daß die Volksrepublik den Weg der Sowjetunion geht. Das Ziel der bürgerlichen "Peking-Astrologen" ist klar: Die wachsende Sympathie in der westdeutschen Arbeiterklasse für die Volksrepublik soll gestoppt werden, die Kommunisten, die die Maotsetungideen und die Aufbauerfolge Chinas propagieren, sollen isoliert werden. Diese bürgerliche Kampagne hat in der Arbeiterbewegung einige Verwirrung stiften können. Im letzten RM haben wir die korrekte Haltung der VR China zu den Klassenkämpfen in Bengalen und ganz Vorderindien dargestellt. Die Prinzipien der sozialistischen Außenpolitik, von denen sich China leiten läßt, werden in dem folgenden Artikel noch einmal grundsätzlich dargestellt.

Kürzlich sandte uns eine Leserin den Hsinhua-Nachrichtendient zu. Sie hatte darin eine Meldung mit dem Titel "Tiefe kämpferische Freundschaft zwischen dem chinesischen und chilenischen Volk" angestrichen und daneben geschrieben: "Dazu paßt der RM-Artikel in Nr. 10 ("Chile auf dem Weg zum Sozialismus?"d.R.) geradezu wie die Faust aufs Auge!"

Die Hsinhua-Meldung gibt den Bericht einer chinesischen Arbeiter-Delegation wieder, die Chile anläßlich der Wahl S. Allendes zum Präsidenten dieses Landes besuchte. In dem Bericht werden die Erfolge des chilenischen Volkes im Kampf gegen den US-Imperialismus gewürdigt. Es wird festgestellt, daß dieses Volk den festen Willen hat, die nationale Unabhängigkeit und Souveränität zu verteidigen. Darüber hinaus werden dem Präsidenten Allende die Glückwünsche der chinesischen Arbeiterklasse und des chinesischen Volkes überbracht.

"Widerlegt" der Besuch der Arbeiter-Delegation tatsächlich unsere Feststellung, daß die politische Macht aus den Gewehrläufen kommt? Oder – um ein anderes Beispiel zu bringen – wenn die Regierung der VR China einen Kranz an Nassers Grab niederlegen läßt, wir aber zur gleichen Zeit den gleichen Nasser einen Verräter an der palästinensischen Revolution nennen – ist das wirklich ein Widerspruch?

Um daruaf die richtige Anwort zu finden, müssen wir unbedingt zwei Dinge auseinanderhalten: die Außenpolitik eines sozialistischen *Staates* und das, was eine marxistisch-leninistische Partei zur Illusion des "friedlichen Übergangs" sagt.

Für unsere Partei besteht die wichtigste Aufgabe in der Führung der Arbeiterklasse zum Sturz der Bourgeoisie-Herrschaft und der Errichtung der Diktatur des Proletariats. Dazu ist es unerläßlich, einen erbitterten Kampf gegen alle Formen der bürgerlichen Ideologie des Reformismus und Revisionismus zu führen. Wenn also beispielsweise DKPisten und "linke" Sozialdemokraten in Allendes Wahlsieg einen neuen, ganz und gar friedlichen Weg zum Sozialismus entdecken und folgerichtig einen Allende-Rummel entfachen, dann ist es unsere **hauptsächliche** Aufgabe, diese bürgerliche Illusion vom "friedlichen Übergang" zu entlarven. Daher wurde in unserem Chile-Artikel vor allem das Prinzip "Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen" verteidigt; die Tatsache, daß der Wahl-

Für die Außenpolitik eines sozialistischen Staates ergeben sich ganz andere Aufgaben und Notwendigkeiten. In seinem Bericht auf dem IX. Parteitag der KPCh hat Gen. Lin Biao die Generallinie der Außenpolitik des sozialistischen China folgendermaßen gekennzeichnet:

"Die Außenpolitik unserer Partei und Regierung ist konsequent, nämlich:

Nach den Prinzipien des proletarischen Internationalismus die Beziehungen der Freundschaft, der

tionären Kampf aller unterdrückten Völker und unterjochten Nationen unterstützen.

Auf der Grundlage der fünf Prinzipien der gegenseitigen Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität, des gegenseitigen Nichtangriffs, der gegenseitigen Nichteinmischung und des gegenseitigen Nutzens sowie der friedlichen Koexistenz die friedliche Koexistenz mit Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung anstreben und die Aggressions- und Kriegspolitik des Imperialismus bekämpfen."

Proletarischer Internationalismus

Das grundlegende Prinzip der Außenpolitik eines sozialistischen Staates ist das Prinzip des proletarischen Internationalismus. Ihm untergeordnet ist die friedliche Koexistenz. Sie leitet sich her aus der Tatsache, daß der Sozialismus nicht gleichzeitig in allen Ländern der Erde siegt. Es gibt vielmehr eine Periode, in der sozialistische und nichtsozialistische Staaten nebeneinander bestehen. Lenin, der die friedliche Koexistenz als Teil proletarischer Außenpolitik entwickelte, kämpfte entschieden gegen die falschen Ansichten der "linken Kommunisten", die jede Beziehung des ersten Arbeiterstaates zu den imperialistischen Staaten ablehnten.

"Nach diesen Auffassungen", sagte er, "könnte eine sozialistische Republik, die von imperialistischen Mächten umgeben ist, überhaupt keine Wirtschaftsverträge schliessen, sie könnte nicht existieren, es sei denn auf dem Mond."

Im Gegensatz zu seinen "linken" Kritikern ging Lenin bei der Entwicklung seiner Politik von einer korrekten und realistischen Analyse der internationalen Lage aus. Er betonte immer wieder, daß die Aufnahme von Wirtschaftsbeziehungen zu imperialistischen Staaten nur ein Ziel habe: nämlich den Aufbau des Sozialismus zu fördern und somit das Lager der Weltrevolution zu stärken. Insofern war die von ihm befolgte Linie keine Vogel-Strauß-Politik gegenüber dem wahren Charakter des Imperialismus. Lenin wies vielmehr stets darauf hin, daß es illusionär sei, zu glauben, ein imperialistischer Staat könne ebenfalls eine Politik der friedlichen Koexistenz entwickeln. Während der sozialistische Staat grundsätzlich eine friedliche Außenpolitik verfolgt, wird es immer das letzte Ziel imperialistischer Staaten sein, den Sozialismus – besonders dort, wo er den Sieg errungen hat – zu vernichten.

Bekanntlich hat diese Frage eine besondere Bedeutung gespielt in der Auseinandersetzung über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung zwischen den Führern der KPdSU und den marxistisch-leninistischen Par-

Fortsetzung nächste Seite

Klassenkampf und friedliche Koexistenz

teien. Chruschtschow hatte faktisch den Widerspruch zwischen dem Imperialismus und den sozialistischen Staaten geleugnet, der einen ständigen Kampf erzeugt und nur dadurch aufgehoben werden kann, daß – wie Lenin sagt – "am Ende entweder das eine oder das andere siegen wird." Chruschtschow verfolgte eine Linie der "allseitigen Zusammenarbeit" mit dem Imperialismus, was natürlich nichts anderes bedeutet als Kapitulation vor dem Imperialismus. Die KPCh hielt dagegen entschlossen am leninistischen Prinzip der Verteidigung des Sozialismus gegen Ein wichtiges Ergebnis dieser korrekten Haltung ist die in der Kulturrevolution propagierte und von den Massen begeistert angewandte Losung: **"Die Wachsamkeit erhöhen, das Vaterland verteidigen! Jederzeit zur Vernichtung einfallender Feinde bereit!"**

Beziehungen zu nationalistischen Staaten

In der Behandlung von Beziehungen zu nicht-sozialistischen Staaten gemäß der Linie der friedlichen Koexistenz trifft die KPCh eine wichtige Unterscheidung:

"Wir machen einen Unterschied zwischen nationalistischen Staaten, die erst vor kurzem ihre politische Unabhängigkeit erlangt haben, und imperialistischen Staaten. Obwohl das gesellschaftliche und politische System der nationalistischen Staaten völlig anders ist als das der sozialistischen Staaten, bestehen doch tiefgehende Widersprüche zwischen ihnen und dem Imperialismus. Sie haben gemeinsame Interessen mit den sozialistischen Ländern – Kampf gegen den Imperialismus, Wahrung der nationalen Unabhängigkeit und Erhaltung des Weltfriedens." Zu diesen nationalistischen Staaten gehören zum Beispiel Chile, Ägypten oder Pakistan. Und die Genossen, die nicht verstehen, daß "in der Peking-Rundschau Konterrevolutionäre wie Nasser oder Yahya Khan hochgejubelt werden", sollten bedenken, daß

1. Beziehungen der VR China zu den nationalistischen Staaten die Widersprüche zwischen ihnen und dem Imperialismus verschärfen, d.h. dazu beitragen, den Imperialismus weiter zu isolieren.

2. der proletarische Internationalismus das grundlegende Prinzip der chinesischen Außenpolitik ist. Die freundschaftlichen Beziehungen der VR China zu Ägypten z.B. haben keinen Einfluß auf ihre Haltung gegenüber dem Rogersplan gehabt. (siehe RM 10, 11/70). Trotz des verräterischen Einschwenkens der ägyptischen Regierung – unter dem Druck des Sozialimperialismus – auf die Linie dieses Plans, hat die VR China ihre Unterstützung der palästinensischen Revolution nicht nur fortgesetzt, sondern sogar erheblich ausgedehnt.

Die KPCh und die Regierung der VR China handeln also in voller Übereinstimmung mit dem von Lenin aufgestellten Leitsatz: **"Das Bündnis mit den Revolutionären gegen alle Imperialisten, welcher Art auch immer, das ist die Außenpolitik des Proletariats."**

In Bezug auf Chile heißt das für die VR China: Unterstützung der antiimperialistischen Volksfront Allendes mit dem Ziel, Chile in das Bündnis gegen den Hauptfeind der Völker, den US-Imperialismus einzubeziehen.

Die Entwicklung der Lage in Chile selbst bestätigt diese Politik. Die Enteignung, die Einrichtung von Volkstribunalen, die spontanen bewaffneten Landbesetzungen der armen Bauern und Landarbeiter unter Duldung der Regierung haben die Widersprüche zwischen Chile und dem US-Imperialismus verschärft. Sie zwingen außerdem zumindest einem Teil der chilenischen Bourgeoisie den Kampf gegen die Volksfront auf. Und somit der Volksfront selbst die Entscheidung für oder gegen die Bourgeoisie. Wenn sich die Widersprüche in Chile bis zu diesem Grad zuspitzen und sich die Volksfront dann tatsächlich **nicht** zum Agenten der Bourgeoisie machen läßt, dann kann die andere Alternative für sie nur heißen: Unterstützung des bewaffneten Volkskampfes.

Unter solchen Umständen müßten wir im RM selbstverständlich diesen Kampf propagieren. Der Artikel im RM 10/71 war zwar korrekt ausgerichtet (Hauptseite: Entlarvung der revisionistischen Illusionen). Er war allerdings in soweit einseitig, als er gerade die Möglichkeit der oben gezeigten Entwicklung nicht berücksichtigte.

(Eine hervorragende Entlarvung der revisionistischen Verdrehung des Prinzips der friedlichen Koexistenz findet ihr in dem Kommentar "Zwei völlig entgegengesetzte Arten der Politik der friedlichen Koexistenz", abgedruckt in "Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung").

Sowjetische Waffen zur Unterdrückung der Völker

Was unterscheidet Nixon von Breshnew, den US-Imperialismus vom sowjetischen Sozialimperialismus? Unter anderem, daß erster bei der Lieferung von Waffen an reaktionäre Regierungen zur Unterdrückung ihrer Völker diese als "freiheitlich-demokratisch" bezeichnet, während ihnen letzterer das Mäntelchen "antikapitalistisch-sozialistisch" umhängt. Was dabei "sozialistisch" ist, wird von den Herren im Kreml bestimmt und hat mit einer marxistisch-leninistischen Definition nicht das geringste zu tun. "Undogmatisch" wie sie sind, jubelten sie beispielsweise das reaktionäre Regime General Ne Wins in Burma und die Koalitionsregierung aus Trotzkisten und Revisionisten unter der Dame Bandaranaike auf Ceylon zu Regierungen empor, die in ihrem Lande den "Sozialismus" errichten.

In Burma beispielsweise rissen am 2. 3. 1962 General Ne Win und seine Militärs die Macht an sich und errichteten ganz offen ein faschistisches Militärregime. Tausende Arbeiter, Bauern und Studenten wurden verhaftet, viele hundert ermordet. Das Militärregime führt einen grausamen Vernichtungskrieg gegen alle nationalen Minderheiten, weil diese nationale Gleichberechtigung verlangen. Unter der Maske des "burmesischen Weges zum Sozialismus" beschlagnahmte das Regime fast alle Wirtschaftsunternehmen, steigerte die Ausbeutung und stürzte das Land in eine Wirtschaftskatastrophe.

Von 28 Millionen Einwohnern sind 2 Millionen ständig und über 3 Millionen zeitweise arbeitslos. Im ganzen Land gibt es nur 2000 Ärzte und 70% der Bevölkerung sind immer noch Analphabeten. Ein Offizier verdient mindestens 19.200 Kyats im Jahr, während ein Bauer dagegen nur 189 Kyats als Jahreseinkommen hat.

Unter diesen Verhältnissen entflammte natürlich der bewaffnete Befreiungskampf des burmesischen Volkes gegen seine Unterdrücker. Diese dagegen – 65% des Staatshaushaltes werden zur Finanzierung des Heeres ausgegeben – versuchen mit Hilfe militärischer Unterstützung seitens der USA, der Sowjetunion und Japans die Flammen der Empörung niederzuhalten.

Ähnlich in Ceylon. Hier waren es gerade die ceylonesischen Gefolgsleute der sowjetischen Sozialimperialisten und die Trotzkisten, die in den letzten Wochen ein grausames Blutbad unter der Bevölkerung anrichteten. Mag auch dem aus bitterem Elend geschundener Bauern, brotloser Intellektueller und hungernder Arbeitsloser geborenen Aufstand des ceylonesischen Volkes keine restlos ideologische Klarheit zugrundeliegen, so hat er dennoch tausend berechtigte Gründe. Was haben denn die von Moskau als "links" und "sozialistisch" deklarierte Regierung der Bandaranaike und ihr Kabinett aus Revisionisten und Trotzkisten erreicht? Haben sie – wie versprochen – die großen ausländischen Konzerne verstaatlicht? Nein. Hat sich die wirtschaftliche Lage des Landes verbessert? Im Gegenteil, die Arbeitslosigkeit steigt unaufhörlich, die Korruption blüht und

Zionismus und Sozialimperialismus

Noch immer geistern durch die bürgerliche Presse die "Enthüllungen" und Anklagen des jüdischen Weltkongresses, der vor einiger Zeit in Brüssel stattfand und angeblich das Ziel hatte, die Diskriminierung der Juden in der Sowjetunion öffentlich anzuprangern.

Dieser Kongreß jedoch und seine "Enthüllungen" liegen auf einer vollkommen anderen Ebene; diesem Schauspiel kam es in Wirklichkeit nicht darauf an, den Antisemitismus in der UdSSR zu entlarven, sondern er ist vielmehr eine von den Imperialisten und Sozialimperialisten inszenierte Gaunerkomödie, die sich letzten Endes gegen den Befreiungskampf der Völker, besonders gegen das palästinensische Volk richtet.

Der jüdische Weltkongreß ist der Ausdruck **dreier großer Widersprüche.**

Erstens und bestimmend ist er Ausdruck des Widerspruchs zwischen den Zielen des Zionismus in Palästina und dem immer erfolgreicher werdenden Widerstand des palästinensichen Volkskrieges.

Während auf der einen Seite der Widerstand des palästinensichen Volkes gegen das israelische Regime zunimmt, ist das Ansehen, das der Staat Israel seit dem Juni-Krieg in der Welt genießt, ständig zurückgegangen, da der imperialistische Charakter des israelischen Staates immer deutlicher wird. So wurden zum Beispiel von der UNO die Verwaltungsmethoden der israelischen Imperialisten in den besetzten Gebieten dem Vergleich mit NS-Konzentrationslagern ausgesetzt. Diese Mobilisierung der öffentlichen Meinung gegen Israel führte unter anderem dazu, daß der Protest gegen Waffenlieferungen an Israel wuchs, daß die Spenden merklich nachließen, vor allem aber, daß die Einwanderungsquote rapide abnahm. Letzteres führte zu einer Zusammenarbeit besonderer Art zwischen Israel und der UdSSR.

Durch die Propagandatätigkeit gegen die SU soll der Einfluß zionistischer Organisationen in der UdSSR ausgebaut werden und das für Israel unerschöpfliche Reservoir an Juden aus der SU erschlossen werden, indem die Moskauer Regierung zu weiteren "Zugeständnissen" gezwungen wird. Die Moskauer Manager machen aus ihren "Zugeständnissen" das große Geschäft. Moskau verkauft jeden Auswanderer (es liegen bislang 140.000 Anträge vor) für 900 Rubel an ihren "Handelspartner", den israelischen Imperialismus. Eine Erhöhung des Preises um 1.500 Rubel ist bereits geplant; die Nachfrage steigt ja auch enorm! Dieser Abscheu erregende Menschenhandel zeigt uns die Zusammenarbeit von SU-Imperialismus und Zionismus am deutlichsten. Den Hauptschlag führen diese Sklavenhändler jedoch gegen das palästinensische Volk, denn die gut ausgebildeten Juden der SU sollen für den Staat Israel eine weitere Stütze gegen das palästinensische Volk bilden.

Zweitens ist der jüdische Weltkongreß Ausdruck des Widerspruchs zwischen der neuen Bourgeoisie und den werktätigen Massen im revisionistischen Lager. Die fortschreitende Restauration des Kapitalismus hat dort die Widersprüche zwischen der Arbeiterklasse und der neuen Bourgeoisie (z.B. Polen) und die Widersprüche zwischen dem SU-Imperialismus und seinen Satelliten (z.B. CSSR) verschärft.

Die verschiedenen revisionistischen Cliquen haben immer größere Schwierigkeiten, diese Widersprüche zu erklären, ohne zugeben zu müssen, daß die Ostblockstaaten ihren ursprünglich sozialistischen Charakter verloren haben. Deshalb muß in alter faschistischer Manier die "jüdische Konspiration" und der "Weltzionismus" herhalten. Die "Beweise" hierfür erhält der Sozialimperialismus dadurch, daß einzelne Juden in der SU unterdrückt werden und zu Gegenreaktionen (z.B. Flugzeugentführungen) gezwungen werden. Mit dieser Politik arbeitet der SU-Imperialismus dem US-Imperialismus, wie wir abschließend sehen werden, direkt in die Hände.

Drittens ist der jüdische Weltkongreß Ausdruck des Widerspruchs zwischen Sozialimperialismus einerseits und dem US-Imperialismus und Zionismus andererseits. Indem der SU-Imperialismus die Juden verfolgt und unterdrückt, wie Sklaven verkauft etc. dient er der alten ausgeleierten Masche, daß das israelische "tapfere Volk" seine Existenz verteidigt, während in Wirklichkeit der imperialistische Zionismus angestachelt vom US-Imperialismus seine Aggressionen gegen das palästinensiche Volk verstärkt. Der Sozialimperialismus profitiert seinerseits von der israelischen Aggression, indem er die Erweiterung seines Einflusses in den arabischen Staaten festigt. Während also der SU- und US-Imperialismus einerseits um die Aufteilung der arabischen Welt miteinander kämpfen, sind sie andererseits relative Bündnispartner im Kampf gegen den Volkskrieg in Palästina und die revolutionäre Bewegung im eigenen Land.

Die Möglichkeiten der **gemeinsamen** Befreiung des jüdischen und palästinensischen Volkes kommen in dem als Appell zu verstehenden Gedicht "An das jüdische Volk" zum Ausdruck; das uns eine Genossin – angeregt durch unsere Palästina-Artikel im letzten Jahr – einsandte.

An das jüdische Volk

Von Pogromen gehetzt und von Völkermord,
Man trieb uns von Land zu Lande.
Der Reiche war schlecht, wie an jeglichem Ort,
Doch erspart blieb dem Armen die Schande.
Von Marx erleuchtet, von Lenin entflammt,
Standen fest im Kampf uns're Massen.
Den Weltherrschaftsgauner mit Geldsack und Amt
Verstanden wir kräftig zu hassen.

Begaunert hat er uns jetzt wie noch nie
Und hält uns als Werkzeug in Händen.
Unser'n Traum von Zion, die Raub-Utopie,
Benutzt er, uns täglich zu schänden.
Unser Israel ist sein Brückenkopf,
Arabiens Öl zu erbeuten.
Wenn es heiß von den schmutzigen Händen ihm tropft,
Müssen wir den Weg ihm bereiten.

Mao Tsetung lehrt: "Ist eine Sache gerecht,
Wird die Welt Unterstützung ihr spenden."
Doch ist eine Sache schändlich und schlecht,
Wird die Welt sich kalt von ihr wenden.
Von Verbrechern die Opfer waren wir,
Leerten aufrecht den Leidensbecher.
Jetzt sind wir erniedrigt zum sklavischen Tier,
Jetzt sind wir selbst die Verbrecher.

Mein jüdisches Volk! Es ist nicht zu spät.
Vereine dich mit den Gerechten.
Wenn Arabiens Freischar im Sturme steht,
An ihrer Seite zu fechten.
Den Traum von Zion, die Raub-Utopie,
Wirf als Asche nach allen vier Winden.
Arabisch-jüdische Volksharmonie
Wird den Lichtbau der Zukunft gründen.

Klara Blum

gedeiht, Not und Elend unter der Bevölkerung wachsen ständig.

Wes Geistes Kind die Bandaranaike und ihre revisionistischen und trotzkistischen Gefolgsleute sind, offenbarte sich in der brutalen Unterdrückung des Volksaufstandes. Trotz anders lautender Zusicherungen richteten Regierungstruppen unter gefangenen Aufständischen ein Blutbad an. Man hatte nichts eiligeres zu tun, um das korrupte Regime aufrechtzuerhalten, als sich um Waffenhilfe an England, die Sowjetunion, die USA und Indien zu wenden. Hilfe, die dann auch prompt erfolgte. So wurden von der Sowjetunion auf dem Luftweg Bomben und Panzer eingeflogen. Von einem in der Nähe der ceylonesischen Hauptstadt Colombo gelegenen Stützpunkt griffen MiG-Düsenjäger, von sowjetischen Piloten geflogen, in die Kämpfe ein.

Neben der Unterdrückung des Volksaufstandes zugunsten der ceylonesischen Regierung verfolgen die sowjetischen Sozialimperialisten durch die offiziell genehmigte Errichtung einer Luftwaffenbasis in der Nähe Colombos das Ziel, die politische und militärische Einkreisung der Volksrepublik China voranzutreiben. Um dieses Ziel zu erreichen, unterstützen sie gewissenlos den Mord an ceylonesischen Arbeitern, Bauern und Studenten. Doch all dies wird ihnen und ihren imperialistischen US-Bundesgenossen nichts nützen. Strategisch gesehen sind und bleiben sie Papiertiger.

Für uns Marxisten-Leninisten aber ist das Kriterium, ob ein Land sozialistisch ist, immer noch die Frage, ob der bürgerliche Staatsapparat zerschlagen, die Produktionsmittel enteignet wurden und die Diktatur des Proletariats besteht.